

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Postfrei ins Haus monatlich 80 Mk., Einzelverkaufspreis 4,00 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stk., 225 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Lübeker Volksbote

Nummer 222.

Freitag, 22. September 1922.

29. Jahrgang.

Schließt die Reihen!

Rundgebung des Parteitages für die Einigung.

SPD. Augsburg, 21. Sept. (Eig. Drahtber.)

Die ganze mächtige Stimmung des Parteitages für die Einigung der Sozialdemokraten kam heute elementar zum Ausdruck, als die große Mehrheit beschloß, nach dem ausgezeichneten hinreichenden Vortrage des Genossen Wels von jeder Aussprache abzugehen und den Vereinbarungen mit den Unabhängigen glatt zuzustimmen. So stark war der Wille des Parteitages, daß er sich im Schwange der Begeisterung sogar ein wenig gegen seine Geschäftsordnung verging. Denn der Vorsitzende Simon hatte dem Genossen Kranold-Hannover schon das Wort erteilt. Es hätte sicher nichts geschadet, wenn auch die wenigen Vertreter zu Worte gekommen wären, die der Einigung kritisch gegenüberstehen. (Genosse Kranold erklärte uns, daß er beabsichtigt hatte, eine Rede für die Einigung zu halten.) Aber der Parteitag wollte es anders. Unter jubelnden Rundgebungen wurden das Aktionsprogramm und die Organisationsvereinbarungen einstimmig angenommen. Die Stunde rebete eine gewaltige Sprache für die Einigung, und der Widerhall in der Arbeiterklasse muß groß und nachhaltig sein.

Die Rede des Genossen Wels war das Kernstück des Parteitages. Er grenzte mit aller Klarheit und Entschiedenheit die neue einigte Partei gegenüber den Kommunisten ab, die eine Charakteristik erführen, wie sie sie verdienen.

Aus dem Erlebnis der hinter uns liegenden bitteren Jahre des Bruderkampfes heraus dankte Wels den Arbeitern, die in den Betrieben allen Verleumdungen und aller Gewalt zum Trotz zu unserer Partei gestanden und unsere Partei von der Spaltung zum Einigungstage nach Nürnberg geführt haben. Wels' Rede

schloß mit einem Herz und Geist erhebenden Kampfruf gegen den Kapitalismus, der der Todfeind der einzigen Partei bleiben wird. Alle die Einigung betreffenden Anträge wurden unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Zum Einigungsparteitag.

Genosse Wels verlas bei Beginn der Donnerstagsitzung ein Schreiben der sozialdemokratischen Partei Frankreichs, in dem es heißt: „Wir konnten uns nicht auf Eurem Kongress vertreten lassen, aber wir werden Eure Arbeiten mit dem größten Interesse folgen. Wir hoffen, daß der heutige Sozialismus aus seiner Krise gestärkt hervorgehen wird, und er alle seine Kräfte der neuen Organisierung der internationalen Arbeiterbewegung widmen wird. Als Vertreter der französischen Partei wird an dem Nürnberger Einigungsparteitag Genosse Compere-Morel teilnehmen, der Sonnabend abend dort eintrifft.“

SPD. Gera, 21. Sept. (Eig. Drahtber.)

Die unabhängige Parteileitung hat dem Parteitag für die der unabhängigen Partei zustehenden Sitze im Vorstand der vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgenden Wahlvorschlag gemacht:

Vorsitzender Arthur Crippien, Kassierer Konrad Ludwig, Sekretär Wilhelm Dittmann, Beisitzer Rudolf Hilferding, Franz Rümmler, Julius Moses, Anna Nemitz, ferner 10 Mitglieder für den Parteirat, 4 Mitglieder für die Kontrollkommission, 7 Mitglieder für die Organisationskommission und schließlich die folgenden Mitglieder für die Programmkommission gewählt: Vorsitzender Karl Rautsky, als Mitglieder Arthur Crippien, Wilhelm Dittmann, Alfred Henke, Rudolf Hilferding, Franz Senger und Toni Sender.

Besprechung beim Reichskanzler.

SPD. Berlin, 22. September.

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag vormittag die Parteiführer mit Ausnahme unserer in Augsburg anwesenden Genossen zu einer Besprechung über die Reparationsfrage und namentlich über die eben erfolgte Regelung der Frage der Schatzwechsel. Reichskanzler Dr. Wirth und der Reichsbankpräsident Havenstein berichteten über den Verlauf der Verhandlungen, wobei auch diesmal Präsident Havenstein Stillschweigen über das zwischen der Reichsbank und der Bank von England getroffene Uebereinkommen bewahrte. Er betonte ausdrücklich, daß eine Gefährdung des Goldbestandes der Reichsbank nicht zu befürchten sei. Die Parteiführer erklärten sich von den Mitteilungen zufriedengestellt.

Die Uebergabe der deutschen Schatzwechsel an Belgien.

M. Berlin, 22. September.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Garantieforderung sind abgeschlossen. Die Schatzwechsel werden am Montag übergeben werden und zwar zunächst die Wechsel über die Raten, die an sich am 15. August und 15. September fällig waren und nun am 15. Februar und 15. März 1923 fällig werden, abzüglich der Summen, die aus sonstigen deutschen Leistungen in Barausmitteln gutzuschreiben sind. Die Wechsel werden die Garantie der Reichsbank tragen.

Gegen den Krieg im Orient.

Der aus Paris gemeldete Beschluß, sobald als möglich eine Konferenz zur Festlegung der Bedingungen des künftigen Friedens im nahen Osten abzuhalten, an der die Entente-Mächte, die kleine Entente, sowie Türkei und Griechenland teilnehmen sollen, wird von der Presse lebhaft begrüßt. Die Blätter weisen darauf hin, daß der Vorschlag zu dieser Konferenz von Lord Curzon ausging. Bei den Erörterungen der Presse spielte die Frage der Befreiung von Uschanak eine besondere Rolle. — Die „Times“ schreibt, der Pariser Beschluß würde im britischen Reich und wohl auch in Frankreich allgemein Zustimmung finden. Er beweise, daß die alliierten Regierungen keine hastigen Schritte tun und keine Aktion unternehmen würden, ohne eine reifliche Erwägung ihrer gegenseitigen Ansichten. — Poincaré äußerte zu Pressevertretern, die Orientkonferenz werde vermutlich in Venedig stattfinden und voraussichtlich zwei bis drei Monate andauern. Auf der Konferenz ist beschlossen worden, Rußland nicht einzuladen. Auch Bulgarien wird nicht unter den Teilnehmern aufgeführt.

Wie aus London berichtet wird, empfing Lloyd George eine Abordnung des Gewerkschaftskongresses. Lloyd George gab die feste Zusicherung ab, daß die Regierung

keine kriegerische Politik verfolge. Die Abordnung trat am Nachmittag zusammen. Tillet und Thomas hoben hervor, daß die Arbeiterklasse sich dem Kriege widersetze und für den Frieden eintrete. Sie gab der Ansicht Ausdruck, daß die Dardanellen neutral gehalten werden müßten.

Die Möglichkeit einer englisch-türkischen Verständigung will der Vertreter der „United Press of America“ in naher Aussicht sehen. Die Einigung soll auf folgenden Basis zustande kommen: England willigt in die Uebergabe Konstantinopels an die Türkei ein, wogegen die Regierung von Ankara in der Frage der freien Schifffahrt durch die Dardanellen entgegenkommen zeigen würde. Auch könnte bereits von einer Autonomie Thrakiens die Rede sein, wobei die Stadt Adrianopel den Türken verbleiben müßte, jedoch könne die Aufrechterhaltung einer britischen oder einer anderen fremden Truppenmacht auf der Halbinsel Gallipoli keinesfalls zugegeben werden. Eine Kardinalfrage, in der die Türkei nicht nachzugeben in der Lage ist, ist auch die Abschaffung der Kapitulationsrechte, während zugleich die Frage einer Reparationsverpflichtung Griechenlands für die von der griechischen Armee in Kleinasien verübten Schäden von den Türken mit größter Energie verfolgt werden dürfte.

Drohende Folgen des Hungers.

Reichskanzler Dr. Wirth gewährte dem Berliner Korrespondenten der „Westfälischer Gazette“ ein Interview, in dem er ausführte, daß sich die Regierung in einer schwierigen Lage der schlechten Ernte wegen befinde, die unter Umständen auch zu inneren Unruhen führen könnte. Die Hauptschuld an der deutschen Verwirrung sei dem Londoner Ultimatum zuzuschreiben, das auch neutrale Länder in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht habe. Deutsche Industrien können nicht länger im Ausland kaufen und jede neue Reparation bedeute eine neue Katastrophe für Deutschland. Der Kanzler wies den Vorwurf, die Deutschen hätten den Marzsturz absichtlich herbeigeführt, mit der Begründung zurück, daß durch diesen Marzsturz die deutsche Mittelklasse nahezu vernichtet sei. Das bedeute eine ernste Gefahr, an der ganz Europa zugrunde gehen müsse, wenn keine Lösung gefunden werde. Die deutsche Regierung habe in den letzten zwei Jahren nach einer praktischen Lösung der Komplikationen gesucht. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern nehme zu und es bestehe die Möglichkeit einer sozialen Revolution. Die letzte und einzige Hoffnung sei Amerika, das jetzt zu begreifen scheine, daß ohne seine Hilfe die Wiederherstellung Europas unmöglich sei. Amerikas Hilfe muß aber bald kommen, wenn es nicht zu spät sein soll. Wir haben alles getan, um eine dauerhaften Frieden zu ermöglichen, trotzdem sind wir in Gefahr, von außen durch Machtmittel und von innen durch Elend und Hunger vernichtet zu werden. Auf eine Frage hinsichtlich der Ereignisse im Orient erklärte der Kanzler, Deutschlands Politik sei der Frieden. Es habe kein Interesse an den Problemen im Orient und halte alle militärischen Konflikte, wo sie auch immer seien, für unerwünscht.

Die Wiederaufbau-Verträge.

Nachdem Stinnes seinen Vertrag mit Luberjac in der Tasche hat, hört man bald jeden Tag von neuen Abkommen mit französischen Gesellschaften. So berichteten wir gestern von einer Wiederaufbauvereinbarung zwischen der Chambre Syndicale der Constructeurs en Ciment-Remé (die nicht weniger als 88 der bedeutendsten französischen Baugruppen umfaßt) und der „Lehrer-Siemens-Bauindustrie“ in Berlin. Derartige Verträge schneiden natürlich recht tief in das wirtschaftliche Leben ein, und da ist es nicht gleichgültig, wie sich die Arbeiterklasse dazu verhält. Auch zu diesem neuen Privatvertrag kann unsere Stellungnahme im wesentlichen nicht anders sein wie diejenige zum Abkommen Stinnes-Luberjac. Allerdings ist die in Aussicht gestellte Verwendung deutscher Arbeitskräfte beim nordfranzösischen Wiederaufbau eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Wir haben in der aktiven Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau Nordfrankreichs an Ort und Stelle stets ein besonders wirksames Mittel erblickt, den Welterhaß zu bekämpfen, und die Frankfurter Fünfländerkonferenz hat sich diese Forderung zu eigen gemacht zu einer Zeit, in der jedenfalls auf französischer kapitalistischer Seite nicht die geringste Neigung dafür vorhanden war. Auch die Tatsache, daß Herr Stinnes durch das Entziehen eines Konkurrenzunternehmens gewissermaßen das Monopol der deutschen Wiederaufbauaufträge für Frankreich entzogen sein würde, wäre uns schon aus politischen Gründen keineswegs unempfindlich. Aber auch hierin ist größte Vorsicht am Platze, denn einmal pflegen in solchen Fällen die großkapitalistischen Konzerne sich nach anfänglich gegenseitiger Bekämpfung schließlich zu verständigen, und außerdem erschiene uns ein aus den Reparationen gezogener Milliardenprofit ebenso unmoralisch und verwerflich, gleichviel, ob er in die Taschen des Stinnes- oder in die des Lehrer-Siemens- oder in die irgendeines anderen schwerindustriellen Konzerns fließen würde. Und vor allem: die Tendenz und die Gefahr einer politisch-wirtschaftlichen Hegemonie des deutschen und des französischen Großkapitals müssen wir ebenso rücksichtslos bekämpfen, gleichgültig, ob sie sich unter volksparteilicher oder demokratischer Firma äußern.

Denn das Charakteristische und Bedenkliche an diesen Seiten Abkommen — Stinnes und Lehrer-Siemens — ist, daß sie auf der Grundlage jenes Gilet-Ruppel-Vertrages aufgebaut sind, der, im Gegensatz zum Wiesbadener Abkommen, kontrollierbaren Abschluß setzte. Die Möglichkeit einer Kontrolle der Preise durch die Arbeiterklasse, die im Wiesbadener Abkommen ausdrücklich festgelegt war, ist bei diesen Privatverträgen nicht mehr vorhanden. Hierin liegt die Hauptgefahr für die deutsche Volkswirtschaft, deren Beteiligung die Gewerkschaften mit Unterstützung der Sozialdemokratie im Parlament und im Kabinett erstreben müssen. Das wird ihnen um so eher möglich sein, als insbesondere der neue Vertrag nicht zuletzt auf die Mitwirkung der deutschen Gewerkschaften angewiesen ist, wenn er in die Tat umgesetzt werden soll. Die Aktion der Gewerkschaften, und besonders des deutschen Bauarbeiterverbandes, darf sich nicht allein auf die Erreichung sozialpolitischer Forderungen und Garantien für die nach Frankreich zu entsendenden deutschen Bauarbeiter beschränken, deren Erfüllung unbedingt Voraussetzung einer solchen Unterstützung ist, sie muß sich auch auf die Erlangung solcher Reaktionen erstrecken, die eine wirtschaftspolitische Hegemonie des deutschen und des französischen Großkapitals unmöglich machen: das Ziel, die nordfranzösischen Ruinen möglichst schnell wieder aufzubauen und den Welterhaß durch das gegenwärtige Wirken deutscher Proletariat auf den einstigen Schicksalsfeldern wieder abzubauen, darf uns nicht diese andere große Gefahr aus dem Auge verlieren lassen; darüber sind wir uns übrigens mit unseren französischen Genossen durchaus einig. Deutsche Arbeiter nach Frankreich zu entsenden, sie in Frankreich entlohnen zu lassen (größtenteils auf Kosten der deutschen Steuerzahler), nur damit dieser oder jener Konzern Milliardengewinne einstecke und obendrein einen immer größeren Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse beiderseits der Reichsgrenzen erlange, fällt uns natürlich nicht ein.

Die deutschen Arbeiterorganisationen werden gut tun, in diesen und in allen ähnlichen Fällen an die ihnen gestellten Aufgaben ohne Boreingenommenheit, ohne Kleinlichkeit, aber mit dem klaren Bewußtsein der drohenden Gefahren und vor allem ihrer eigenen Unentbehrlichkeit heranzugehen. Und es ist selbstverständlich, daß sie ihre Unterstützung in erster Linie denjenigen deutsch-französischen Vereinbarungen gewähren werden, die keine kapitalistischen Zwecke mit reaktionären Hintergedanken verfolgen. Wir denken dabei an die Verhandlungen, die zwischen dem „Aktionsauschuß für die zerstörten Gebiete“ und dem „Verband Sozialer Baubetriebe“, sowie den beiderseitigen Bauarbeiterverbänden gerade jetzt wieder aufgenommen werden.

Dollar etwa 1400.

Deutschland und der Völkerbund.

Lord Cecil hat aus Genf eine Depesche an den Völkerbundesverein in London gerichtet, in welcher er mit Bedauern darauf hinweist, daß Deutschland keinen Antrag um Aufnahme in den Völkerbund gestellt habe, der bei der augenblicklichen Stimmung in der Versammlung, nach der Meinung Cecil's, zweifellos angenommen worden wäre. Die deutsche Regierung könne der Welt beweisen, daß sie auf der Seite der Demokratie und des Friedens stehe, indem sie ihren Antrag um Aufnahme in den Völkerbund so bald wie möglich stelle.

In der dritten Kommission der Völkerbundversammlung hat der schweizerische Bundesrat Motta ebenfalls die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verlangt, indem er das Recht und die Pflicht Deutschlands zur Mitarbeit an dem gemeinsamen Wert Europas betonte. Fisher-England hofft mit Jowenel, daß Amerika Europa helfen werde, da sonst eine vollständige Regelung der Reparationsfrage unmöglich sei.

Ist keiner Schuldig?

Auf Grund der Untersuchung im Rathenau-Mordprozess hat der Staatsgerichtshof die Angeklagten Erich Bode, Fritz Küchenmeister, W. v. Haugwitz, J. R. Heinze, Manfred v. Alffinger, Heinz Stubenrauch, Th. Brüdigan, Wilhelm Heing, Alfred Hoffmann und W. B. Ehrentauf bezügl. der ihnen zur Last gelegten Straftaten unter Aufhebung der sämtlichen Kosten des Verfahrens auf die Reichskasse außer Verfolgung gesetzt. Auch der Angeklagte Werner Böh ist ohne Sicherheitsleistung freigelassen worden. Böh hat sich um die Beschaffung der Garage zur Unterbringung des Morgantons bemüht.

Wie glimpflich die monarchistischen Hecker behandelt werden, geht aus folgendem Tatbestand hervor: Nach dem Mordmord an Rathenau erstreckte sich der Weibmeister Ulrich von der Firma Otto in Greiffenberg den Arbeitern, die an der Rathenau-Demonstration teilnahmen, zu sagen: „Wir müssen nur die Juden erhalten, das sind die Lumpen, die saugen nur das Land aus. Wegen so einem Mas, da wollt ihr erst feiern? Wenn ich das Mas erwisch hätte, ich hätte ihn selbst erschossen.“ Auf Grund des Geschehes zum Schutze der Republik wurde gegen diesen Verfechter des Mordmordes Anzeige erklattet. Nach der Vernehmung der Zeugen erhielt der Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes für den Bezirk Rauban vom Oberreichsanwalt eine Antwort, die besagt:

„Auf die am 20. Juli 1922 erstatigten Anzeigen habe ich gegen den Weibmeister Karl Ulrich in Greiffenberg ein Verfahren eingeleitet. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Beschuldigte keine Worte im Weibsaal der Fabrik an die dort beschäftigten etwa 15- bis 17-jährigen Arbeiter und Arbeiterinnen gerichtet habe. Fremde Personen waren nicht anwesend und haben keinen Zutritt zu dem Saal. Die Aussagen sind hiernach nicht öffentlich und auch nicht in einer Versammlung geschehen. Das Gesetz bedroht sie aber mit Strafen nur für den Fall, daß eine der Voraussetzungen vorliegt. Ich habe deshalb das Verfahren eingestellt.“

Diese Auslegung des Begriffes „öffentlich“ macht dem Oberstaatsanwalt alle Ehre. Danach ist also jeder Arbeitskaal, auch wenn in ihm tausend Arbeiter beschäftigt sind, nicht öffentlich. Dieses Urteil kann sich jeder Arbeiter zu Herzen nehmen und nach besten Kräften in den Großbetrieben gegen die Republik behaupten. Der Unternehmer wird ihn dafür sicher belohnen und der Oberstaatsanwalt wird ihn nicht belangen. So haben wir uns den Schutz der Republik nicht vorgestellt.

Der Prozess gegen die Rathenau-Mörder vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der deutschen Republik wird am 3. Oktober beginnen und voraussichtlich fünf Tage dauern. Das Richterkollegium besteht aus drei Berufs- und drei Laienrichtern. Der Prozess richtet sich gegen 13 Angeklagte. 15 Verteidiger stehen den Angeklagten zur Seite. Als Zeugen sind bis jetzt 18 Personen geladen.

„Freiheitsbund“ für Volksknechtung.

Der hier schon charakterisierte „Freiheitsbund“ übersendet uns eine von dem deutschpöhlischen Schriftleiter Smethlage unterzeichnete Geburtsanzeige, die folgende Ziele der Gründung nennt: Der Bund stellt eine politische Vereinigung dar, die mit allen verfassungsmäßigen Mitteln die Verwirklichung des deutschpöhlischen Staatsgedankens erstrebt, insbesondere durch Vorbereitung von Reichstagswahlen und Volksentscheidungen. Der Bund erstrebt die Befreiung von der Herrschaft der Fremdherrschaften, vom Terror der Straße, von der Willkür des Parlamentarismus und vom Druck des Versailles-Vertrages.

Die Begründung auf „verfassungsmäßige“ Mittel darf nach den bisherigen Erfahrungen, die über deutschpöhlische Organisationen vorliegen, mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Sonst zeigt das Programm deutlich, daß der angebliche „Freiheitsbund“ sich in Wirklichkeit gegen jede Volksherrschaft wendet. Allein sein Kampf gegen die „Willkür“ des Parlamentarismus zeigt das.

Denn im demokratischen Parlamentarismus verkörpert sich der Willen der Volksmehrheit. Leiber sagen die Herrschenden nicht, welche tatsächliche Willkür sie an die Stelle des Parlamentarismus setzen wollen. Würden sie sich hier positiv ausdrücken, so läge die Geschichte ihrer Namensgebung klar zutage. Webrigens noch eine Frage: Wird unter der Befreiung vom „Terror der Straße“ der deutschpöhlische Straßenraub (Hauptmann Römer) und Straßenmord (Rathenau) verstanden?

Diskont-Erhöhung.

Die Reichsbank sieht sich augenblicklich ganz besonders großen Ansprüchen der Wirtschaft ausgesetzt. Nach dem Ausweis vom 15. September erhöhte sich der Wechselbestand der Bank um 8,18 Milliarden Mark, während der Bestands an diskontierten Reichsschatzanweisungen um 22,9 Milliarden zunahm. Dem entsprechend stieg der Banknotenumlauf um 19,22 Milliarden Mark auf 271,60 Milliarden Mark. Der Umlauf an ausländischen Kassencheinen erreichte eine Höhe von 13,80 Milliarden Mark. Um die Ansprüche wenigstens einigermaßen aufzuhalten, erhöhte die Reichsbank ihren Diskont von 7 auf 8% und den Lombardsatz von 8 auf 9%.

Waffenlager der Reaktion.

SPD. Kiel, 21. September.

Dem Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins Kienburg, Genossen Busch, war mitgeteilt worden, daß sich in der Trankkaferne ein umfangreiches Waffenlager befindet. Nachdem Genosse Busch sich mit dem Vorstand des Ortsausschusses des SPD in Verbindung gesetzt hatte, wurde am Montag morgen die Polizei beordert. Der Landrat und der Kommandeur der Sipo wurde benachrichtigt und eine sofortige Untersuchung verlangt. Diese fand im Weissen der Genossen Busch, Simrich und Neumann statt und förderte auf dem linken und rechten Flügel der Trankkaferne, eine Unmenge Waffen zu Tage u. a. 4 schwere Maschinengewehre, 29 Infanteriegewehre, 60 Karabiner, 89 Seitengewehre, 582 Infanteriegewehrschlösser, 25 Rifen Munition à 1400 Schuß, 41 Rifen Munition lose für Infanterie, 8 Handgranaten, 8 1/2 Rifen Mörsermunition, 6 Rifen Eierhandgranaten 33 Rifen Stielhandgranaten à 25 Stück, 16 Maschinengewehrpatrone gefüllt mit Munition, 73 Reserveläufe für Maschinengewehre, 16 leichte Maschinengewehre, 81 Maschinengewehrpatrone ungefüllt.

Der Offizier der Fahrabteilung, der in der Kaserne wohnt, jagte aus, daß er von dem Vorhandensein der Waffen nichts gewußt habe.

Der Parteitag der USPD.

Gera, 21. September.

Am zweiten Tage erstattet Ludwig den Geschäftsbericht. Diesem ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand der USPD seit dem letzten Parteitag in Leipzig von 300 659 auf 293 782 zurückgegangen ist. Die USPD verfügt zurzeit über 23 eigene Zeitungen, einige Blätter, die weniger oft erscheinen, und eine Anzahl Zeitschriften. Sie besitzt in Deutschland 26 eigene Druckereien, zum Teil auch Grundstücke. Zwei Geschäfte müßten geschlossen werden, sie sind die Opfer der gegenwärtigen Zeit geworden. Der Kassenbericht weist einen Kassenbestand am 31. August 1922 von 510 991,45 Mk. auf. Den Bericht der Reichstagsfraktion erstattet Dr. Moses. Er betont ganz besonders die Notwendigkeit für alle sozialistischen Parteien, sich mit der auswärtigen Politik mehr als bisher zu beschäftigen. Dr. Moses beipflichtet die deutsche Klassenpolitik und sagt dabei, daß es nur noch in einem andern Lande eine solche Klassenpolitik gebe, nämlich in Sowjetrußland. Er protestierte unter lebhaftem Beifall gegen die Moskauer Lobesurteile und sagt dabei, daß die „Rote Fahne“ über diese Urteile triumphiert habe, was den Parteitag zu einer leidenschaftlichen Kundgebung der Empörung hinführte. Dabei bemerkten die Delegierten, daß oben auf der Tribüne, wo die kommunistischen Presseberichterstatter saßen, gelacht wurde. Es kommt zu einem Ausbruch der Empörung, wie man selten auf einem Kongress gesehen hat. Die Delegierten verlangen förmlich, daß die Kommunisten den Saal verlassen, die sich endlich dazu anstehen.

Vorsitzender Dittmann, der sich nach längerem Läuten endlich Ruhe verschaffen kann: Ich verheße die Erregung und teile die Empörung, die den Parteitag zu einer spontanen Ausschweifung gegen diese beispiellose Gemeinheit aufgehetzt hat. (Stürmische Zustimmung.) Aber damit wollen wir die Sache erlösend sein lassen, und auch diesen jungen Bürgern, die Zigaretten rauchen und das deutsche Proletariat als Fußschmelz für ihre politische Eitelkeit und ihren politischen Ehrgeiz mißbrauchen, keine übermäßige Bedeutung beimessen.

Dr. Moses fährt fort und erklärt nochmals, daß mit Deutschen, die solchen Todesurteilen zustimmen, für jeden Sozialisten eine Gemeinschaft unmöglich ist.

Darauf sprechen Dr. Herz über die Ernährungsfrage und Dr. Hilferding über die Reparationsfrage. Sie fallen ihre Ausführungen in einer Resolution zusammen, in der der Parteitag konstatiert: Die Erfüllungspolitik hat den ersten Willen des republikanischen Deutschlands bewiesen, den Wiederaufbau Deutschlands und die Befreiung zu betreiben. Sie hat aber auch gezeigt, daß das Ausmaß der geforderten Reparationsverpflichtungen zu den allerhöchsten ökonomischen Erschütterungen und zu der gefährlichsten Verelendung aller Schichten führt, die auf feste Papiermarkenkommen angewiesen sind. Für Deutschland und Frankreich droht jetzt die Gefahr, daß die Erfüllungspolitik vom Großkapital benutzt wird zur außerordentlichen Steigerung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht und zur Abhängigmachung der Staatsgewalt vom Großkapital. Demgegenüber fordert der Parteitag Beteiligung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und ihre Mitkontrolle bei der Ausführung der Wiederaufbauverträge, insbesondere der Auftragsverteilung und Gewinnhöhe.

Zu Beginn der nächsten Sitzung bringt Vorsitzender Dittmann zur Kenntnis, daß in Augsburg die Einigung ohne Debatte beschlossen worden sei. Diese Mitteilung erregt Unruhe bei der Opposition und wurde von der großen Mehrheit des Parteitages ohne irgend eine Äußerung zur Kenntnis genommen.

In der weiteren Debatte führt Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin aus, daß eine energische Arbeiterpolitik mit Koalitionspolitik nicht vereinbar werden könne. Gegenüber Bayern ist man jahrelang untätig gewesen. Man hätte mehr tun müssen. (Crispien: Mit welchen Mitteln?) Wir brauchen dazu nicht die Reichswehr. Die Arbeiterpolitik hat noch andere Mittel. (Crispien: Welche?) Die Erörterung in der Öffentlichkeit wäre bedenklich. — Nach Schlussworten von Dr. Herz und Dr. Moses wird die Resolution Herz-Hilferding einstimmig angenommen. Vorsitzender Dittmann fügt hinzu: Wenn, was nach allem anzunehmen ist, die Verschmelzung mit der rechtssozialistischen Partei erfolgt, werden wir in der vereinigten Partei mit Nachdruck darauf drängen, daß das, was in dieser Resolution niedergelegt ist, im Interesse des Proletariats auch verwirklicht wird.

Um die Beamtenbefolgung.

SPD. Am Donnerstag nachmittag begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter des Reichs über die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (Christlich) erhob die Forderung nach einer Wirtschaftsbefreiung und erklärte, darauf bestehen bleiben zu müssen. Diese Haltung der Christlichen Gewerkschaften hat ihren Grund in der im Oktober beginnenden großen Agitationswoche unter den Beamten. Alle anderen Spitzenorganisationen erklärten sich gegen diese Wirtschaftsbefreiung und forderten eine Erhöhung der Stundenlöhne um 30 Mk., was bei den Beamten einer monatlichen Zulage von durchschnittlich 6500 Mk. gleichkommen dürfte. Außerdem wurde eine erhebliche Erhöhung der Kopfschulden gefordert. Um 9 Uhr abends wurden die Verhandlungen auf eine Stunde unterbrochen, da die Regierung Gegenvorschläge formulieren will. In später Nachtstunde war noch kein Abschluß erzielt.

Bast alle Hoffnung fahren!

Die Nachricht von der Wiedernerählung des Kaisers wurde in der monarchistischen Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Während der größere Teil der legitimen Presse die Hauptkraft auf die Dementierung der Nachricht verwendet, daß Wilhelms Heiratsprojekt einen Familienzwist mit seinen Söhnen hervorgerufen habe, steht die schmerzhafteste „Reinisch-Westfälische Zeitung“ die Sache von der politischen Seite an und schreibt:

„Wollte man diese Angelegenheit politisch ansehen und beurteilen, so müßte man aus der Handlungsweise des ehemaligen Kaisers den Schluß ziehen, daß er endgültig jede Hoffnung aufgegeben hat, noch einmal auf den Kaiserthron zurückzukehren. Zu dieser Einsicht könnte man ihn nur beglückwünschen, da tatsächlich im gegenwärtigen Augenblick ein derartiger Entschluß von jedem „praktischen“ Politiker als ausgeschlossen angesehen werden muß.“

Diese deutliche Aufforderung eines rechtsstehenden Blattes an den Kaiser, zu bleiben wo er ist, kennzeichnet klar den Zwiespalt, der durch die monarchistische Agitation geht. Soviel Ruhmens auch von der „alten Herrlichkeit“ gemacht wird, will doch niemand im monarchistischen Lager — ein Häuflein verdorrte Legitimisten vielleicht ausgenommen — ernsthaft den Repräsentanten der „alten Herrlichkeit“ zurück haben. Es war am Ende Wilhelms Regierung gar nicht so herrlich, wie die Monarchisten immer behaupten?!

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Artur Zidler.

14. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Kommi mal in den Laden, ich will euch eine Leberwurst geben.“

„Komm' ich,“ sagte Hans und ging vorn in den Laden. Kubi blieb vornehmlich draußen und wartete das weitere aus angemessener Entfernung ab. Der Schlachter kam in den Laden und schaltete den Kopf. „Du bist ein feiner frecher Hund. Soll ich dich um die Ohren schlagen?“

„Das werdet ihr nicht tun, Meister; denn ich habe euch Brot, daß ihr mir eine Leberwurst kochen wollt...“ Jetzt lachte der Fleischer und gab ihm die Wurst. „Nun pack dich aber...“ Und Hans packte sich.

Drei Minuten später lagen Hans und Kubi im Straßengraben, lagen in die stehenden Frühlingsschneisen und aßen die Wurst. Wenn der Mensch satt ist, wird er müde, und wenn nicht ein großer Hund so laut gebellt hätte, der einen Karren an ihnen vorbeizog, wären sie von der Nacht überrascht worden. So aber glänzte das Abendrot, als sie aus dem Graben stiegen und die schlaftrüben Beine wieder in Schwung brachten. Kubi schreien über die Wüste, das Gelände wurde grau, die Felsen zeigten sich. Eine seltsame Stimmung ergriß die beiden. Ein Wasser, daß sie nicht haben, murmelte in die Stille, ein Krugknagel im Damm, und Beständigkeit legte sich auf die Gesichter. Unwillkürlich ließen die Freunde lächeln, Sehnsucht packte sie nach Licht und Wärme. So erschienen sie ein kleines Wirtshaus. Sie traten in die Stube, in der kein Gast weilt. Eine alte freundliche Frau kam herzu, und sie boten um einen Trank. Die alte Frau stellte ihnen zwei Gläser mit Bier und legte sich mit an den Tisch. Die Freunde erzählten von der Wanderfahrt und von ihrer Sehnsucht, das alte Reichlein für sie zu sein und sagte Kubi, daß sie für die Nacht dableiben könnten. In der Stube, in die sie geführt wurden, fand ein breiter, wohlbezogenes Bett, und an der Wand hing das Bild eines jungen Mannes. „Das ist mein Sohn,“ sagte die Alte leise. „Er ist vor wenigen Jahren in die Welt gegangen und ist nicht wiedergekommen.“ Dann schloß sie eine gute Nacht und ging hinaus.

Ein Hofpaar, die Wanders, sie wählten sich und ließen in die Stube. Die alte Frau war noch nicht zu dem Koffer gekommen und gingen in den Hof, wo ein großer

hof neben Sakkapels enthielten. Die Kermel wurden aufgetrieben. Kubi sagte die Schritte, und Hans schwang das Weil. Nach einer Stunde kam die Alte in den Hof und freute sich. Sie schlug den beiden Eier in die Pfanne, die aßen sie zu schwarzem Brot und tranken warmen Kaffee dazu. Schließlich brachte die Alte noch zwei handfeste Stöcke herzu. „Sie sind von meinem Jungen. Er wird sie sich doch nicht mehr holen“ — und sie winkte und nickte hinter den Freunden her, die in die steigende Sonne marschierten.

XXIV.

Über Osabrück waren sie nach Münster gelangt. Ihr Ziel war das westfälische Industriegebiet, überall hatten sie gehört, daß sie auf den Hütten und Zechen beständig Arbeit finden würden. In der Münsterischen Herberge war eine gediegene Junft bekannt, ein Gitarrenspieler wachte alle Lieder, die auf den Landstrecken zwischen Mosel und Rheinfel, Eider und Sane gesungen werden — und das ist allerhand. Am schönsten war es im Schlafsaal. Wenn der Viechese das Licht verloscht hatte, ging das Gespräch über den Tisch. In der Dunkelheit waren die Stimmen und Seelen anders als am Tage, klarer und voller. Die Alten hatten so viel erlebt, und die Jungen hatten so viel vor, und weil sie aus allen Richtungen der Windrose hergekommen waren und weil ein jeder eine andere Philosophie hatte, gab es nichts Kurzweiligeres, als diese Gespräche im Finstern. Da waren bekannte Gefühle, die jeder erste Kunde konnte, der verlorne Kampf, der den Rhein, und der Heiland, der die Landstrecken zwischen Mosel und Rheinfel wacher machte. Da wurde der Direktor des Dresdener Arbeiterhauses lobend erwähnt oder der Boss in der Wiener Penna Kafeteria durch den Kaffee gegeben. Man pries die Bauern von Schleswig und sprach mit Begeisterung von den Schlingen. Die Jungen schwärmten von Erlebnissen mit hübschen Mädchen, die Alten von guten Wahlzeiten. Einer war in der Fremdenlegion gewesen und wollte es bis zum Korporal gebracht haben; er schimpfte auf die Arbeiter und konnte ein Dutzend nonchalant und spanische Flüche. Es machte ihn neugierig, die verschiedenen Kompetenzen nachzumachen und das gelang ihm so gut, daß man für Augenblicke glauben konnte, in einer Kaserne von Süd-Indien zu liegen und nicht in einer Penne des Münsterlandes. So kimmerten einmal die Interessen von Trübsal, dann wieder die Lärme von Krawall und aber das ewige Schicksal des Gottfard in die dumpfe Herbergsstube, und verneigte sich die Seelen grüßten sich wie Schiffe, die aneinander vorbeischießen.

Einmal Münster, an der Straße nach Hamm lagen zwei Häuser. Sanna zog, an der Straße nach Hamm lagen zwei Häuser. Sanna zog, an der Straße nach Hamm lagen zwei Häuser.

den Worten. Das Tor des Nonnenklosters war verschlossen, bei den Mönchen aber wurde ihnen geöffnet, und ein seltsam schöner Mann gab den Fremden Milch und weißes Brot. Während sie aßen, sang eine Orgel zu diesem Männergesang, ein Hauch weltfremden Friedens umwehte sie und machte sie still. Hans dachte, ob wohl auch für ihn einmal eine Zeit kommen würde, da er sich nach einem solchen Haus und so frommer Gemeinschaft flüchten möchte, wo er singend und auf Gott schauend das Ende seiner irdischen Tage erwarten könnte. Das waren die Gedanken, die von diesen Mauern ausströmten: das Leben fließt wie ein Traum, ist nur eine Gebärde, die sich selbst nicht kennt. Im Nebenraum sprach eine hohe Männerstimme langsam und laut:

Was ist einer, was ist einer nicht? Eines Schattens Traum ist der Mensch. Doch wenn ein Strahl von Gott auf ihn fällt, dann ist ein heller Glanz um den Mann und ein seltsames Leben...

Lange noch schwangen diese Worte in Hans nach, sie zitterten zwischen den Sonnenstrahlen, die auf den Feldern lagen, atmeten aus den grünen Bäumen und flangen aus den Mittagsglocken.

Die Landschaft veränderte sich. Wie Titanen, die sich aus der Erdkruste herausbrachen, tauchten Hochöfen auf, raufige Eisenwälder mit schwarzem Gewölbe, Fördertürme, auf denen die Seiltäuber hielten, Schachthäuser mit fengendem Rautenwerk. Hohe Seilmasten standen im Land und reckten sich schwebende Karren zu, gefüllt mit Kohle und Erz. Holprige Geleise glänzten durch die Felder, rote Koloniehäuser lösten die Gehöfte ab. Hamm, die schwarze Stadt, rückte heran und brüllte mit Dampfströmen den Wanderern entgegen. Trostlose, häßliche Straßen nahmen sie auf, untraktierten sie: hier müßt ihr bleiben und euren Schweiß lassen, arbeitet oder hungert! Eine graue Schicht legte sich über alles, über Steine und Gerat, über Gesichter und Seelen. Hier köhnte und ätzte alles mit müder Erregtheit, das Eisen und die Menschen, die ineinander vermied waren und sich ohne Maß und hoffnungslos hassen mußten.

Es heißt, daß der Weg zum Himmel ein schmaler, die Straße zur Hölle ein breiter sei — breit ist die Chaussee, die aus der Stadt hinaus nach den Zechen Raabod und de Wendel führt. Wie langweilige Raublagen liegen die Zechengebäude vor den Schächten, die sie auswählten, und tauchen aus ihren Essen funkelnde Eier. Die der Erde entzogene Kohle häuft sich zu Bergen und wandert rastlos in das Land hinaus.

(Fortsetzung folgt)

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Mittwochssitzung.)

SPD. Augsburg, 21. September. (Drahtbericht.)

In der weiteren Diskussion über den Bericht der Reichstagsfraktion sprach:

Schmidt-Köpenick: Die Landwirtschaft ist schuld daran, daß das Umlagegesetz nicht so geschaffen wurde, wie es den landwirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Der Stand des Dolars darf nicht ausschlaggebend sein bei der Festlegung der Preise. Auf Drängen des Zentrum und der Demokraten wurden die kleinen Bauern bei der Erfüllung der Umlage ausgeblendet. Wir müssen auf die gefühlsmäßige Einstellung der Bauern Rücksicht nehmen. Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Industrie, Handel und Gewerbe treiben Wucher.

Hermann Wendel-Frankfurt a. M.: Die Einigung bedeutet gefühlsmäßig und in der Sehnsucht der Massen alles, aber die Einigung ist nur ein klingendes Erz und eine klingende Schelle, wenn nicht der feste Wille dahinter steht, sie energig durchzusetzen. (Sehr richtig.) Wir haben aber die feste Hoffnung, daß die Einigung besiegelt werde. In Deutschland weiß jeder außer dem unglückseligen Herrn Geßler, daß die Wehrmacht der Republik eine Armes gegen die Republik ist. (Sehr richtig!) Seit dem Rapp-Bußch hat sich eine gewisse Umgestaltung in der Reichswehr vollzogen. Diese besteht darin, daß aus der Reichswehr alle Elemente hinausgebrängt werden, die einer republikanischen Gesinnung verdächtig sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben eine vollständig monarchistische Truppe. Die Reichswehr ist eine unaufhörliche, sehr ernste innenpolitische und außenpolitische Gefahr. Wenn einmal eine Lage entsteht, in der der Staat an sein letztes Machtmittel appellieren möchte, wer könnte mit ehrlüchlicher Heberzeugung sagen, daß dann die Reichswehr nicht verlagert würde? Der Reichswehrminister Geßler ist eine durchaus schwarz-weiß-rote Erscheinung, höchstens mit der schwarz-rot-goldenen Gähne in der Mitte. Der Posten eines Reichswehrministers müßte mit einem Offizier besetzt werden, der sich als durchaus republikanisch erwiesen hat. (Stürmischer Beifall.)

Frau Funk-Düsseldorf: spricht gegen den Milch- und Kartoffelwucher. Die Sorgen der Hausfrauen sind ins Ungemessene gestiegen. Das erzeugt Verzweiflungssituationen. — **Schulzinger-München:** Wir müssen die wirklich republikanisch fühlenden Führer schützen. Das Reichswehrministerium muß daher in die Hände der deutschen Arbeiterklasse kommen. — **Markwald-Frankfurt a. M.:** Wir verlangen, daß die Praxis der Partei mit den Beschlüssen der Parteitage in Übereinstimmung gebracht wird. In Görlich ist gesagt worden, daß wir nicht in die Regierung gehen werden, wenn nicht die monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr entfernt werden, auch später ist ähnliches wiederholt gesagt worden, und doch ist nichts in dieser Richtung geschehen, vielmehr hat man den letzten republikanischen Offizier aus der Reichswehr hinausgeschleudert. Der Parteivorstand darf nicht vor den nächsten Parteitag treten, ohne die Forderungen von Görlich erfüllt zu haben. Auch beim Steuerkompromiß sind wir tapfer zurückgewichen. Ohne die Erlassung der Sachwerte können wir mit neuen Steuern nicht vor das Volk treten.

Lübe-Berlin: Es hat in vielen Kreisen unserer Partei eine gewisse Bestimmung darüber gegeben, daß sich die Fraktion mit der Zwangsanleihe anstatt der Sachwerte abfinden müßte. Wir müssen aber im Parlament auch Forderungen erheben, die nicht auf den ersten Anstoß hin gewonnen werden können. (Sehr richtig!) Und wir können nicht immer die letzten Konsequenzen ziehen, wenn unsere Forderungen nicht sofort durchgeführt werden. Als schon einmal die Getreidefrage in der Fraktion zur Debatte stand, waren wir darüber schlüssig, daß wir an einem bestimmten Preis festhalten, und wenn wir nicht durchdringen, die Verantwortung für Not und Teuerung der bürgerlichen Parteien rechts von uns überlassen müssen. In diesem Augenblick kamen die Schüsse auf Rathenau. Es entstand eine neue Situation. Konnten wir da noch sagen: Wir überlassen die Verantwortung den andern? Es muß immer die Wichtigkeit der Fragen gegeneinander abgemessen werden. (Sehr richtig!) Der Austritt aus der preussischen Regierung hat gerade bei jenen keine Billigung gefunden, die vorher so eifrig kritisiert haben. Der Geßler liegt darin, daß wir in dem Augenblick, wo wir eine Forderung nicht durchsetzen können, diese Forderung selbst verweigern. Das ist richtig. Wir halten an der Forderung der Erlassung der Sachwerte fest, wir kommen damit wieder. Die Besitzer der Sachwerte werden bei der Not dieses Winters vielleicht noch sein, wenn sie mit dem Opfer der Sachwerte davonkommen und nicht mehr Opfer bringen müssen. Ich hoffe, daß es uns die bevorstehende Einigung ermöglicht, das Schwergewicht unserer Forderungen zu erhöhen. (Sehr richtig!) Wir haben einen Antrag unterbreitet, der die Regierung ermuntern soll, Schritte zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu unternehmen, vorausgesetzt, daß uns darin eine unserem Volke angemessene Stellung eingeräumt wird. (Sehr richtig!) Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, die wenigen Tendenzen in der Regierung zu unterstützen, die für eine friedliche Verständigung der Völker eintreten.

Schö-Hannau: Das Scheitern unserer Sozialisierungsbestrebungen hat zur Verstärkung unserer Not beigetragen. Die freie Wirtschaft hat völlig verlagert. Heute sind weite Kreise des Volkes, die noch vor wenigen Monaten für die freie Wirtschaft eintraten, zu der Erkenntnis gekommen, daß die freie Wirtschaft nicht weitergeführt werden kann. Die Not des Volkes zwingt uns zu Eingriffen in das Wirtschaftsleben, die von ungeheurer Bedeutung sind. Wichtig ist, daß die Fraktion bei der Arbeit im Reich von den breiten Massen draußen im Lande unterstützt wird. (Sehr richtig!) — **Arthur Wolkenbüchel-Kiel:** Was für die Reichswehr gilt, gilt auch für die Reichsmarine. Sie besteht ausschließlich aus ehemaligen Angehörigen der Brigaden Ehrhard und Löwenfeldt. Gewisse bürgerliche Kreise rechnen aber damit, daß die Reichsmarine die Grundlage zu einer künftigen großen Seemacht bildet. Diesen Bestrebungen müssen wir entgegenwirken. Das Geld für die Marine wird besser für die Kriegsschiffe verwendet.

Wolff-Braun (Partei-Vorstand): Die Parteigenossen sollten nicht so empfindlich sein. Das Problem der Sachwerte hatten wir schon in der Nationalversammlung. In der Steuerumlage von Erzberger — als es sich um das Reichsnotopfer handelte — war der Gedanke vollständig enthalten, daß das Reich an großindustriellen und ähnlichen Unternehmungen teilhaben sollte. Damals waren wir stärker als heute im Parlament, und es ist uns dennoch nicht gelungen, diese Forderung durchzusetzen. Auch bin ich der Meinung, daß die Erlassung der Sachwerte eine Notwendigkeit für uns ist. Das Verständnis für die Agrarfrage ist in der Partei sehr gestiegen; aber ohne irgendwelche Sympathien für die Herren der Industrie zu haben, glaube ich doch sagen zu dürfen, daß dort größeres Verständnis für die großen Fragen und nicht der kleinliche Egoismus, wie in den Kreisen der Landwirtschaft, vorhanden ist. Die Landarbeiter müssen die Verbesserung ihrer Lebenslage gegen die Agrarier und nicht mit den Agrariern durchsetzen. Der Kampf gegen die Reichswehr ist das Unpolitischste, das ich mir denken kann. Wir müssen den Salondaten in der Reichswehr beseitigen, daß wir ihre Freunde sind. (Sehr richtig!) Wir müssen der Reichswehr zeigen, daß die Demokratie ganz andere Zustände geschaffen hat, als sie im alten Zeite bei der elendesten Entlohnung und schlechtesten Unterkunft waren. (Zustimmung.) Wir sind für die Entwaffnung; aber daß wir uns selbst entwaffnen sollen, ist wirklich nicht unsere Aufgabe. Die militärischen Organe, die wir haben, bestehen für den inneren Frieden. Anders steht es mit der Marine. Für diese Spielerei brauchen wir kein Geld auszugeben. Wenn gesagt wurde, daß die Führer die Massen auf die

Straßen führen wollen, so muß ich doch sagen, daß sie in schwersten Zeiten sehr viel Mut und Opferwilligkeit für die Republik bewiesen haben.

Hermann Müller (Partei-Vorstand): Wenn man der Fraktion den Rücken stärken will, so muß man damit einverstanden sein. Was die Behandlung der Kulturfragen im Reichstag betrifft, gibt es keinen in der Fraktion, der davon befreit wäre. Über die Dinge liegen in Deutschland so, daß wir infolge der schwierigen finanziellen Lage auf kulturellem Gebiete nicht immer das durchsetzen konnten, was wir durchsetzen wollten, und daß uns die großen außenpolitischen und die Wirtschaften noch immer sehr auf den Mägen brennen. Nach dem Görlicher Parteitag haben wir bei den Verhandlungen, die wir über die Regierungsabklärung führten, die Forderung der Erlassung der Sachwerte in den Vordergrund gestellt. Damals haben alle bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie diese Politik nicht mitmachen, wenn nicht die Reparationslasten erleichtert würden. Für uns lag die Sache so, ob wir uns in die Ecke stellen wollten, wenn wir in dem Augenblick diese Forderung nicht durchsetzen konnten. Auch in der Frage der Zwangsanleihe haben wir zunächst an der Goldanleihe festgehalten. Wenn das in der letzten Zeit nicht mehr der Fall war, so liegt das an der Geldknappheit, die überall vorherrscht. Wir haben uns für das Prinzip des Völkerbundes ausgesprochen. Wir wollen uns aber auch nicht darüber täuschen, daß dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Wille Frankreichs entgegensteht. Nur wenn wir die volle Gleichberechtigung im Völkerbund haben, sind wir in der Lage, im Bunde für die Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse zu wirken. Ueber das Einnes-Abkommen haben wir im Auswärtigen Ausschuss gesprochen. Wir bedauern, daß es trotz der Bestrebungen verschiedener deutscher Ministerien zur Behebung der Notlage in dem erweiterten Gebiet nicht früher möglich war, zu einem Abkommen auf anderer Grundlage zu kommen; aber es liegt auch noch daran, daß die französische Regierung früher einfach nicht wollte. Diese Entwicklung war immer nur deswegen möglich, weil die französischen Gewerkschaften von Moskau gespalten waren und die französische Arbeiterbewegung absolut machtlos diesen Dingen gegenübersteht. Wenn ich aber daran denke, mit welcher Leichtigkeit immer von uns verlangt wurde, unsere Stellung in der Regierung aufzugeben, so muß ich sagen, daß das einzige, was wir mit dieser Politik erlangen würden, wäre, daß an Stelle des wirtschaftlichen Einnes-Abkommens ein politisches treten würde. Unsere Genossen müssen einsehen, daß unsere Macht an gewissen tatsächlichen Verhältnissen ihre Grenze hat. Der Kampf um den Abschluß des Steuerkompromisses war einer der unangenehmsten Kämpfe, die ich mitgemacht habe. Wenn wir immer denen gefolgt wären, die rasche Kritik geübt haben, hätten wir sehr oft den Austritt aus der Regierung vollziehen müssen. Das würde dann zum Mittelmittel für politische Schwierigkeiten werden. (Seiterkeit.) Aber damit wäre der Arbeiterklasse nicht gebietet. Wir brauchen eine gewisse Stetigkeit in der Politik. (Sehr richtig!) Wenn wir dauernd aus der Regierung herausgehen und eine Oppositionspolitik machen, so fände das vielleicht bei den Massen hier und da Anklang; aber das wäre eine Politik, die der deutschen Bourgeoisie und den deutschen Kapitalisten zugute kommen würde. Die Partei kann nicht auf die Dauer das Schicksal der Republik der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum überlassen, wenn wir die Mehrheit erhalten wollen. (Lebh. Beifall.)

(Nachmittags-Sitzung.)

Schäfer-Saarbrücken: Wir im Saargebiet müßten aufatmen in dem Augenblicke, wo wir wüßten, daß Deutschland im Völkerbund wäre. Die Methoden allerdings, mit denen der Völkerbund das Saargebiet verwaltet, spotten jeder Beschreibung. Im Namen des Völkerbundes wird das demokratische Prinzip auf das schäuderhafteste vergewaltigt. Wir wehren uns aber gegen die Unterdrückungen, die an uns verübt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind im Saargebiet, wo Franken und Mark zu gleicher Zeit im Umlauf sind, noch schlechter als in Deutschland. — **Cafjein-Breslau:** Wir kämpfen weder gegen die Offiziere noch die Unteroffiziere, noch die Soldaten der Reichswehr, sondern gegen den Reichswahrgott. Unsere Reichswehr bildet eine außenpolitische Gefahr dadurch, daß im Auslande der Eindruck erweckt wird, als wollten wir in der Reichswehr Cadres sammeln für einen Revansekrieg. Für uns ist die Reichswehr kein Instrument, um Unruhen wirklich ernsthaft zu bekämpfen. Stetigkeit in der Politik ist gut, doch darf diese Stetigkeit nicht dazu führen, daß wir uns von den anderen Koalitionspartnern alles gefallen lassen. Redner wünscht weiter, daß die Rechte des Reichspräsidenten mit Bezug auf die Verhängung des Ausnahmezustandes beseitigt werden. — **Helene Grünberg-Nürnberg:** Die Ausgaben für Wäsche sind unerschwinglich. Das einfache Hemd wird zu einem Luxusartikel. Das ist eine Kultur- und Gesundheitsfrage. Die Reichstagsfraktion soll alles versuchen, was in ihren Kräften steht, um gegen diesen ungeheuren Wucher vorzugehen. Leider haben wir noch immer kein Gesetz für die Hausangehörigen.

Dr. Leber-Lübeck: Es herrscht in der deutschen Presse eine merkwürdige Verwirrung darüber, was die französische Politik eigentlich will. Selbst in Frankreich herrscht darüber die gleiche Unklarheit. Zwei Ziele haben die Franzosen: die deutsche Kriegsindustrie so lange niederzuhalten, bis Frankreich ebenbürtig ist, und das Ziel Lardens, Weltmachtspolitik für Frankreich zu betreiben.

Hermann Müller spricht sich gegen einen Antrag aus, der die sofortige Entlassung Geßlers verlangt, weil es unmöglich ist, dieses Verlangen durchzuführen, solange die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht abgeschlossen sind.

Vogel-Nürnberg (Schlußwort): Die Kritik, die an der Fraktion geübt wurde, war wohl mehr als der Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, die wir in Deutschland haben. Bei der Kritik an der Fraktion wurde vielfach vergessen, daß wir in der Widerheit im Reichstage sind. Bei der Kritik der Reichswehr dürfen wir nicht vergessen, daß die Arbeiterklasse selbst einen nicht geringen Teil Schuld daran hat, wenn die Reaktion heute in der Reichswehr sehr stark vertreten ist. (Sehr wahr!) Wenn sich wirklich ein Arbeiter gefunden hat, der in die Reichswehr hineingegangen ist, dann wurde er als Bluthund, als Arbeiterverräter bezeichnet. In Bezug auf die Koalitionspolitik bitten wir, es bei dem zu lassen, wie es im vorigen Jahre in Görlich beschlossen worden ist. Jedes einzelne Mitglied der Fraktion ist bemüht, in vollem Maße seine Pflicht zu erfüllen. Die Fraktion muß aber vom Vertrauen der breiten Massen gestützt und gestärkt werden.

Abstimmungen.

Der Parteitag beschloß weiter zum Antrag betr.

Republikanisierung der Reichswehr:

„Die Zuspitzung der außen- und innenpolitischen Verhältnisse zwingt zur stärksten Beobachtung der Reichswehr, die nach wie vor ein Fremdkörper in der Republik ist. Die Reichstagsfraktion hat mit ihr nach Einigung der sozialdemokratischen Parteien unverzüglich darauf zu dringen, daß sie immer wieder geforderte Umwandlung der Reichswehr in eine republikanisch zuverlässige Truppe durchgeführt wird.“

Weiter wurden Anträge angenommen gegen die reaktionären Umtriebe in Bayern, für ein Verbot der schwarz-weiß-roten Fahne und für die Einführung

der Reichsflagge als Flagge der Reichswehr sowie der Kriegs- und Handelsflotte. Zur Frage der Steuer- und Wohnungsnot erwidert der Parteitag der Reichstagsfraktion, sofort nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages von der Reichsregierung die schleunige Vorlage eines Programms für die Finanzierung des Wohnungsbaus in der kommenden Baukampagne und Maßnahmen gegen den Baukostenwucher zu verlangen. Weiter fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozialpolitischen Gesetze, die die Leistungen für die Kriegsopfer, die Opfer der Arbeit, die Kranken usw. regeln, schleunigst mehr als bisher den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag des Partei-Vorstandes betreffend den Schutz der Republik, die Demokratisierung der Verwaltung und die Abfindung der Rüstungskäufler. Angenommen wurden darauf weiter noch Anträge, die die Einführung des 1. Mai, des 11. August und des 9. November als gesetzliche Feiertage fordern und die Aufhebung der Wucher- und Bettelgesetze verlangen. In einem weiteren Beschluß erklärt der Parteitag, daß er die Sozialisierung des gesamten Bergbaues für eine Lebensfrage des wirtschaftlichen Seins der deutschen Republik hält und appelliert an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, alle Kräfte zusammenzufassen, um diese dringliche Lebensfrage baldigst zu lösen. Für Überschüssen wird schnellste Hilfe verlangt und die Fraktion beauftragt, die Regierung zu veranlassen, daß ausreichende Mittel zur Vinderung der Not der oberirdischen Schächte bereitgestellt werden. Einstimmig angenommen werden schließlich noch Anträge gegen den Nachbarnwucher, gegen die unglückseligen Beziehungen zu den im westlichen Gebietsteil der deutschen Republik und gegen die Sachleistungen aus dem Friedensvertrage, die das wirtschaftliche Können Deutschlands weit übersteigen. — Der Völkerbund-Antrag Locke wird einstimmig angenommen. Eine große Reihe von Anträgen wird der Fraktion als Material überwiesen. Abgelehnt wurden Anträge, die die grundsätzliche Erneuerung jeder Koalition mit der Volkspartei verlangen. Ein Antrag, der verlangt, die Partei solle mehr der Nachzügler nach links suchen, wird durch die Tagesache als überholt bezeichnet.

Kommunisten und Ueberstichteten.

SPD. Die „Rote Fahne“ ist furchtbar betriebsam, seitdem sie hofft, mit dem geplanten Betriebsräte-Kongress ein doppeltes Spektakel inszenieren zu können. Der Beschluß der Konferenz der oberirdischen Bergleute in Hindenburg über das Ueberstichtenabkommen läßt sie schnell einen neuen Schwindel ins Leben rufen, auf den Bergarbeiter durcheinander zu bringen. Es wird deshalb auf einen Erlaß des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hingewiesen, wonach der Bedarf an ungelerten Bergarbeitern für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau in den letzten Tagen stark zurückgegangen sei und daher Zuweisungen von Arbeitskräften dorthin nicht erfolgen sollen. An diese Meldung knüpft die „Rote Fahne“ die Bemerkung, dieser Erlaß mache es klar, daß die Unternehmer und die „mit ihnen verbündeten Sozialdemokraten“ die Arbeitszeitverlängerung gar nicht im Interesse der Produktionssteigerung, sondern nur im Interesse des Unternehmerprofits wollten. Wenn man die Produktion im Bergbau steigern wollte, warum weise man die Arbeitssuchenden dann ab? Den hartnäckigen Bürgern gegenüber wiederholte wir, was wir bereits betont haben: ungelerte Arbeitskräfte gibt es im Bergbau genug. Die Vermehrung dieser Arbeitskräfte würde die Wohnungsnot in den Bergbauvervierten steigern, aber dem Bergbau selbst nicht viel helfen. Der Bergbau braucht gelerte Bergleute, er braucht Hauer. Diese aber fallen nicht vom Himmel herunter und deswegen waren die Ueberstichteten notwendig.

Weshalb wir gerade wieder einmal von den Ueberstichteten reden müssen, wollen wir an einem kleinen Beispiel zeigen, mit welcher Heuchelei die Kommunisten den Kampf gegen die Ueberstichteten geführt haben. Dieselben Leute, die gegen die Ueberstichteten toben, machen wilde Ueberstichteten in Menge. Die sauberen Brüder schreiben gegen das Ueberstichtenabkommen, weil es ihnen 45 Schichten im Monat verbietet? In den Hochburgen der Unionisten und Kommunisten wurden bisher die meisten wilden Ueberstichteten gemacht. Die Heuchler haben vielfach einen Beschluß auf Verweigerung der Ueberstichteten durchgedrückt, um — am anderen Tage pünktlich selbst die Ueberarbeit zu machen. Auf der Zeche Arensburg z. B. betrugen die von den Kommunisten im Monat August verschahrenen wilden Ueberstichteten 11 350 — jage und schreibe: elftausenddreihundertundfünfzig! Ein nettes Geschäft!

Wiedermärkte.

Samstag, 21. September.

Rinder- und Schafmarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle Altona, wird mitgeteilt:

Es wurde gezählt für 50 kg. Lebendgewicht Ochsen und Färsen: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 8200—8800 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 7000—8000 Mk., fleischige (3. Qualität) 6000—6800 Mk., gering gedährte (4. Qualität) 5000—5800 Mk. Bullen: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 6800—7500 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 5800—6700 Mk., fleischige (3. Qualität) 5000—5700 Mk., geringgedährte (4. Qualität) 4800—4800 Mk. Kühe: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 8200—8800 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 7000—8000 Mk., gering gedährte (3. Qualität) 5500—6500 Mk., geringste Sorte (Wurftühe) 3800—5000 Mk. — Schafe: Weidemast (1. Qualität) 8000—8500 Mk., (2. Qualität) 6500—7500 Mk., (3. Qualität) 5500—6500 Mk. Marktzufuhr: 4199 Rinder (hierunter 1365 Ochsen, 423 Färsen, 612 Bullen, 1793 Kühe), 4234 Schafe. — Das Geschäft verlief bei starkem Angebot sehr ruhig. Die Preise für Rinder blieben jedoch ziemlich unverändert; Schafe mußten im Preise nachgeben.

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. September.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	21. Septbr.	20. Septbr.	
Amsterdam	100 fl.	5481.60	56828.85
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	10112.30	10488.85
Kristiania	100 Kr.	24069.50	25118.55
Kopenhagen	100 Kr.	85851.50	80392.—
Stockholm	100 Kr.	29682.55	8851.85
Helsingfors	100 Finn. Mk.	3108.10	3186.—
Rom	100 Lire	5942.55	6142.30
London	1 £	6242.55	6491.85
New York	1 Doll.	1393.25	1468.16
Paris	100 Frs.	10761.50	11186.—
Zürich	100 Frs.	26117.30	27315.50
Madrid	100 Pesetas	21228.50	22022.40
Wien	100 K.	1.90 1/2	1.93
Prag	100 K.	4494.55	4569.25
Budapest	100 K.	56.42	57.65

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. B.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

SUNNLICHT SEIFE

wird aus reinsten Rohstoffen nach besonderem Verfahren hergestellt und bietet deshalb sicherste Gewähr gegen schnellen Verschleiss der Wäsche.

Amtlicher Teil.

Handelsregister.

Am 20. September 1922 ist eingetragen 1. die Firma Wenzel & v. Schubert, Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Friedrich Wilhelm Wenzel und Carl Theodor Otto v. Schubert, beide in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 1. September 1922 begonnen; 2. die Firma Ura, Grundstücks-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Erwerbung und Verwaltung von Grundstücken. Stammkapital: 50 000 Mk. Geschäftsführer: Dr. jur. Arnold Kaißer, Kaufmann in Hamburg. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. September 1922 errichtet. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger; 3. bei der Firma Georg Harber Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Lübeck: die Protokolle des Paul Koczowski ist erloschen. Dem Obergericht Lorenz Josef Georg Lerch in Lübeck ist Gesamtprokura derart erteilt, daß er in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist; 4. bei der Firma W. M. Minlos, Lübeck. Die Prokura der Kaufleute Wilhelm Bettinghausen und Richard Siebert zu Lübeck ist erloschen. Die Gesamtprokura des Kaufmanns Bruno von Gruchalla zu Lübeck ist in eine Einzelprokura geändert; 5. bei der Firma Schenker & Co. Berlin, Zweigniederlassung Lübeck: Den Kaufleuten Hugo Graefler und Walter M. G. a. E. zu Lübeck ist Gesamtprokura mit Beschränkung auf den Betrieb der Zweigniederlassung Lübeck derart erteilt, daß jeder von ihnen gemeinschaftlich mit einem andern Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft befugt ist; 6. bei der Firma Wilhelm W. a. r. a. n. g., Lübeck: Dem Kaufmann Günther Edgar Franz Ernst Hoffmann in Lübeck ist Prokura erteilt; 7. bei der Firma Siebert & Co. Filiale Lübeck, Lübeck: Die Zweigniederlassung in Lübeck ist aufgehoben. Die Prokura des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Wenzel in Lübeck ist erloschen. (7166) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Nichtamtlicher Teil.

S. P. D.
Am Mittwoch hat unser Genosse **K. Börm** seine feine Abschiedsfeier. Montag 2 1/2 Uhr Vormittag. (7170) Der Vorstand.

Ruhiger best. Handwerker i. möbl. Zimmer. Ang. u. A 423. (7182)
Zierfreund (nicht Händl.) sucht grauen od. grünen Papagei zu kaufen. Ang. u. A 420 a. d. G. (7167)
Lepp. z. kauf. gej. Ang. u. A 421 a. d. G. (7162)
Guterh. Jungl.-Valerot zu kaufen gel. (7163) Pfingststr. 24, II.

Vorteilhaftes Angebot
Schneurbürsten 8, 6 u. 5 M.
Leuwagen 15 M. Seifenpulver: Persil 60 M., Schwan 50 M., Salomda 40 M., Dixie 38 M., Sil 18 M., Bleichsoda 15 M.
Maschinengarn 200 m 42 M., Zwirn 20 m 6 M., 50 m 20 M., Makko-Senkel 12, 10, 8 M., Miederband 20 M., Schneiderwatte Tafel 25 M., Damen-Strümpfe 120 M., Herrensocken 55 M.
Seifen, Parfümerie- und Toilette-Artikel zu ganz anbergewöhnlich billigen Preisen. (7177)
Bürger's Spezialhaus für Kurzwaren, Schwönekenquerstr. 16.

Möbels billige Fleischwelle
Huxstraße 83-85. (7172)
frisch. Rindf. 80.— frisches Schweinefleisch
frisch. Gehacktes 80.— Rindfleisch, Leber, Herz,
Gehacktes 100.— Junge Lunge
Kaltfleisch 120.— Kalbfleisch 160.—
Kaltfleisch 120.— Schweine Schaf, Ziegen. 85-84

Gerber's Feinseife
Feinseife
Kochseife

Bill. z. verk. sehr gute Blüschgarn. mit Tisch, Vertikow, Kinderbettst. u. Stühle, n. 7 Uhr. (7174) Gr. Vogelstr. 18 a.

Fertel billig zu verk. Beler, Wortwerk, 7173) Vogenstr. 5 a.
Gefütterter eiserner Ofen zu verk. (7168) Altengammerstr. 13, b. d. Siegelstr.

Gei. ein alt. Mädchen oder jüngere Frau zur Führung d. Haushalts. Offert. u. A 422 a. d. G. d. G. (7160)

Dr. med. Hüttig
Arzt für Homöopathie und Naturheilverfahren. Behandlung sämtlicher Krankheiten
Johannissstr. 13
Fernsprecher 1760.
Sprechstunde jetzt: 9-11 u. 3-5 außer Dienstags u. Freitags nachmittags. (7149) Privatwohnung: Kl.-Wesenberg.

Kartoffeln
für den Winterbedarf empfiehlt billig morgen ab Waggon unterh. Johannistrafte Händler. Vorzugssorte. **Heinr. Busch**, (7178) Krähenstr. 27.

Carl Möller
Wildehestr. 44, Fernruf 2336. (7176)
Frisches Rindf. 80.—
Bratenfleisch 90.—
frisch. Gehacktes 100.—
Schweinef. 140.—
Karbonade 160.—
Kalbfleisch 90.—
Bratenstücke 100.—
Geflügel 120.—
Ger. Wildschwein 200.—

Karl Labritz, Neudorferstr. 16
Feinstes Gebrühtfleisch fett. Ochsenfleisch 88.—
Bratenstücke 100.—
Beefsteak, Rindf. 152.—
garte Dönerleber 95.—
frisches Gehacktes 100.—
bitter ger. Speck 210.—
Kaufe Zeitungspapier. (7171)

Morgen Sonnabend
bist. best. Rindfleisch
H. Jöhlenfleisch,
Kraushaus, Geflügel
und Gerüstfleisch.
Markenstraße 21.

Wohnungs-gesellschaften gegen Wohnungsmol.
Von Hülb, Gogler Dr. h. c. Nr. 2.—
Buchhandlung **Friedrich Meyer & Co.**
Johannstr. 41.

Felle
und Tierhaare (7156)
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Geb. Wagner
Dankwartsgrube 26
Holstenstraße 8
Fell-Spezialhaus Fernruf 3414

Schuhmacher-Zwangsinnung.
Die fruchtlose Bezahlung unserer Rohstoffe zwingt uns zu der Bitte, auch den Betrag unserer Rechnungen sofort zu begleichen. (7158)
NB. Laut Schiedspruch beträgt der Lohn Mk. 58.35 pro Stb. rückwirkend vom 8. 9. 22.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.
Ableitung Sparkasse.
Unsere Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Zinsfuß für Spareinlagen ab 1. Oktober d. J. bis auf weiteres 5% beträgt.
Für langfristig belegte Gelder wird ein höherer Zinsfuß gewährt.
Näheres während der Geschäftsstunden im Kontor Hansstraße 160 und in sämtlichen Warenabgabestellen. (7159) Der Vorstand.

U Lichtspiele
Pünthausen 17. 19.
Vom 22. bis 29. Sept. 1922
1. Aufführung der Produktion 1922/23.
Wem die durch Liebe Leid geschieht.
Ein Zukunftsroman in 6 Akten mit Joh. Riemann in der Hauptrolle. Weltstadtrevue.
Außerst spannender Kriminallustspiel in 6 Akten. (7150)
Grümeligen in der Sommerstraße.
Schwanz in 2 Akten.

Zentral-Theater
Zentral 1358. Johannistrafte 25.
Nur noch bis Montag!
Sascha Gura, Ed. v. Winterstein, Marg. Kupper in
Teufel und Circe
Lustspiel in 5 Akten, mit P. Hartenstein.
Die schwarze Paula
Zweihändler in 5 Akten, mit Marg. Barnay.
Ein Film, dem Leben nachempfunden.
Film banditen
Zweihändler in 4 Akten, mit P. Hartenstein.
Sept. 4-11 Uhr. Schillertheater.
In Sonntagabend ist das ganze Programm.
Sonntag ab 2 Uhr: (7153)
Große Kinderdarstellung!

Das bekannteste reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!
Preiswerte reelle Qualitäten:
1 Posten Arbeitsstiefel 2195.—
1 Posten starke Schaffstiefel 2900.—
1 Posten eleg. Herren- u. Damenstiefel
1 Posten eleg. Damenschuhe
1 Posten starke Kinderstiefel 18-22, 25-30, 31-39
1 Posten starke Ledergamaschen.
Warme Hauschuhe, Pantoffel usw.
Elegante Herrenanzüge v. 3950.—, 6250.—, 8500.— bis 11500.—
Starke Arbeits-, Manchester- u. Feldgraue Hosen, Leders- u. Manchester-Joppen, Gummimäntel, blaue Jacken und Hosen, Berufsbekleidung. Reelle haltbare Qualitäten.
Schicke Damenmäntel, Kleider, Röcke, Blusen, Strickjacks-Zimmer reizende Neuheiten. (7181)

Schlors & Neetwisch
Hofstr. 1. St. Petri 2-4.
Leinen - Aussteuer - Betten.

Marmorsaal.
Morgen geht's los!!
Don Ramiro!
9 tägiges Sensations-Gastspiel von Sonnabend, den 23. September bis einschließlich Sonntag, den 1. Oktober.
Anfang abends 8 Uhr. Einlaß 7 Uhr
Zauber- u. Illusions-Palast. Prunk. eigene Million-Bühnen-Ausstattung. Dezent. Musik. Eine Welt seitzamer Wunderdinge. Eintrittspr. 20, 30 u. 50 Mk. mit Steuer.
Vorverk. St. 65, H. Röhrich, Hofstr. 2 u. täglich a. d. Theaterkasse v. 10-1 Uhr.
Sonntag nachmitt. 4 Uhr. Einlaß 3 Uhr.
Gr. Extra-Kind.- u. Familien-Vorstellung
Eintrittspreise 5, 10 u. 20 Mk. (7189)
Kommen-Sehen-Staunen

Konzertklub „Sübed“
Sonnabend, den 23. September
Bezirksfest Kiel, Neumünster, Sübed
bestehend in (7164)
Konzert und Ball.
Anfang 7 Uhr.
Gewerkschaftshaus

Morgen Sonnabend abends 7 1/2 Uhr
im Kolosseum:
Erntefest
des Vereins Lübecker Kleingärtner e. V.
Ball, Prämierungen eigener Gartenerzeugnisse
Damen Mk. 10.40, Herren 18.—, einschl. Steuer. (7175)
Gäste willkommen!
Sonnabend u. Sonntag: **Zentral-Hallen.** Gr. Tanzkränzchen.

Haltb. Hosenträger Herrenwäsche
Krawatten 7152 in großer Auswahl.
Papier-Wäsche
(Meyerdlich) Fabrikpr.
Aug. Janensch Sandstraße 6.

S. P. D. Schlutup.
Sonnabend, d. 23. 9. 22 abends von 7-9 Uhr.
Wahl der Delegierten
zum Bezirks-Parteitag bei Saborowski. (7151) Der Vorstand.

Moislinger Baum.
Mora. Sonnabend, Anfang 7 Uhr:
Vornehmes Tanzkränzchen
m. Künstl.-Vortrag. (7184) Rud. Jäde.

Trocadero.
Schlüsselbuden 4.
Wiener Suhl und Seben.
Beginn 8 1/2 Uhr. (7154)

Café „Vaterland“
Täglich Konzert der (7166) Hamburger Künstler-Vereinigung.
Direktion: Adolf Martens

Hansa-Theater.
Heute Freitag und Sonntag 7 1/2 Uhr:
Die Puppe
mit Ella Loeb in der Titelrolle. (7165)
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Die Bajadere
mit Bissy Niemi in der Titelrolle.
Zu Vorbereitung:
Die beiden Nachtigallen.

Stadttheater Lübeck
Freitag, 22. Sept., 7.30: 26. C. Der Winkler. Oper von Wittner.
Sonnabend, 23. Septbr., 7.30: Vorh. f. d. Volkshöhne: Meisspel. Einzelkarten an der Theaterkasse. (7165)
Sonntag, 24. Sept., 2.30: 1. Fremden-Vorstell. Die Jüdin.
7.30: Der Rigenbaron.

Montag, 25. Sept., 7.30: 5. Volkst. Konzert Einzel. a. d. Theater. Sinfonie-Konzerte Einlösung d. Ab. Karten am Freitag und Sonnabend nachmitt. an der Theaterkasse von 3-6 U.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 22. September.

Gewerkschaften und Teuerung.

Sitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Lübeck.

Eine gemeinsame Versammlung des ADGB und des Afabundes mit den Betriebsobleuten und Baudelagierten tagte am Mittwochabend im Gewerkschaftshaus. Auf der Tagesordnung stand: „Teuerung und Arbeitnehmerschaft“. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Kommunist NICKEL, die Sitzung öffentlich abzuhalten. Dieser Antrag wurde, nachdem Genosse DREGER auf die schlechten Erfahrungen in anderen Orten in diesen Dingen hingewiesen hatte, abgelehnt. Darauf hielt Genosse DREGER ein längeres Referat über die Teuerung. Er ging zunächst auf die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ein und zeigte die wirtschaftlichen Ursachen des heutigen Elends. Diese Ursachen liegen vor allem in dem verlorenen Krieg, in der Außenpolitik und in der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft. Es sei schwer, gegen diese mächtigen Faktoren erfolgreich anzukämpfen. Die Gewerkschaften könnten wohl die Teuerung mildern, aber nicht gänzlich beseitigen. Man müsse leider damit rechnen, daß die Preise noch weiter steigen, da die Welt zu tief gesunken sei. Die äußere Politik und die Reparationslasten übten auf unser ganzes Wirtschaftsleben einen ungeheuren Einfluß aus. Da die Rohmaterialien kaum mittelmäßig sei, müßten wir trotz der geringen Kaufkraft unseres Geldes große Mengen Getreide vom Ausland einführen. Betrachte man die Dinge nüchtern und so, wie sie in Wirklichkeit sind, dann erkenne man ganz klar den Unfortschritt, der in der kommunistischen Behauptung liegt, daß die Gewerkschaften das Elend völlig beseitigen könnten, wenn nur die Führer derselben den Willen dazu hätten. Sollte überhaupt etwas erreicht werden, dürfte man keinen Illusionen nachhängen, sondern müsse praktische Wirtschaftspolitik treiben. DREGER schloß dann eingehend die bekannten Maßnahmen, die der ADGB zur Bekämpfung der Teuerung ergreifen hat. Davon seien einige bereits von der Regierung verwirklicht worden, andere bedürften noch der sofortigen Prüfung, da mit der sofortigen Unterbindung der Einfuhr bestimmter Waren ganze Industrien plötzlich lahmgelegt werden könnten. Die Gewerkschaften hätten aber die Aufgabe und auch die Macht, die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter zu sichern. Es müsse erreicht werden, die Löhne und Gehälter den steigenden Preisen anzupassen. Kleiner und schwerer Lohnbewegungen seien somit in den nächsten Wochen unvermeidlich. Wucher und Spekulation dürfe nicht gebuddelt werden. Schließlich müsse man eventuell auch wieder dazu übergehen, für die wichtigsten Bedarfsartikel die Zwangswirtschaft einzuführen. Grundlegendende Besserung sei aber erst mit der Durchführung einer planmäßigen Wirtschaft zu erreichen. Der Redner kritisierte scharf, daß gewisse Kreise die Tätigkeit der Gewerkschaften herabsetzen und sie schwer bekämpfen. Die Kommunisten trieben eine ungeheure Sehe gegen die Führer der Arbeiterschaft und versuchten die Gewerkschaften zu spalten. Der von ihnen geplante Reichsbetriebsrätekongreß schädige nicht nur die Interessen der Arbeiter, sondern solle auch nach kommunistischen Blättermeldungen der Republik einen Stoß versetzen. DREGER warnte dann vor der Beschädigung dieses milden Kongresses. In dieser trostlosen Zeit sei die Einigkeit der Arbeiterschaft notwendiger denn je. Die Bekämpfung und Herabsetzung der Gewerkschaften durch die Mastkollaboranten sei eine Verbrechen an das Proletariat. Nur ernste, zielklare, praktische Arbeit auf dem Boden der Wirklichkeit könne Besserung bringen.

Die Aussprache eröffnete Genosse AHRENS. Er trat für völlige Einigung der Arbeiterschaft ein, wünschte zur Bekämpfung der Teuerung ein härteres Vorgehen der Gewerkschaften und kritisierte den Stimmversitz. Einig war er sich mit DREGER darüber, daß nicht durch Diktatur, sondern nur durch wirkliche Demokratie etwas erreicht werden könne. — Der Kommunist KLANN wandte sich gegen DREGER und gegen die von diesem vorgeschlagene Entschließung. Er schimpfte auf die Regierung, auf die Gewerkschaften und auf die Führer der Arbeiterschaft. Nur der Kampf der Massen bringe Erfolg. Klamm forderte dann zur Beschädigung des wilden kommunistischen Reichsbetriebsrätekongresses auf. — Genosse LOHN zeigte an einzelnen Beispielen, daß die Gewerkschaften im Laufe der Zeit leistungsfähig für die Arbeiterschaft gewirkt hätten. Er erläuterte dann die Wirtschaftslage und hob die großen Vorteile hervor, die die Kommunisten besonders in letzter Zeit den Verbrauchern erwachsen konnten. Viele Waren sind bedeutend billiger als im privaten Handel abgegeben worden. Die Genossenschaften seien gemeinwirtschaftliche Betriebe, die durch größere Unterstützung der Arbeiterschaft das ganze Wirtschaftsleben immer günstiger beeinflussen könnten. — Nachdem noch Genosse SCHLICK auf gegen Klamm gesprochen und Genosse DREGER in seinem Schlußwort die kommunistischen Ausführungen ins richtige Licht gerückt hatte, wurde folgende Entschließung mit übergroßer Mehrheit angenommen:

Die am 20. September im Gewerkschaftshaus tagende gemeinsame Versammlung aller Funktionäre der Gewerkschaften des ADGB, der AfA und der AR, erhebt angesichts der immer mehr und mehr sich zu einer Katastrophe auswirkenden Teuerung aller Lebensmittel und der nicht gerechtfertigten — nur auf das Steigen des Dollars gestützten — maßlosen Verteuerung aller sonstigen Verbrauchsgegenstände — insbesondere auch der reinen Lebensmittelgegenstände — gegen diese wirtschaftliche Herabsetzung und einseitige Festsetzung der Preise, die einer unerhörten Bewucherung der minderbemittelten Bevölkerung gleichkommen und die Not zu einer Katastrophe gestalten, schärfsten Protest. Die Versammlung verkennt nicht, daß ein Teil dieser Verteuerung zurückzuführen ist auf arbeitspolitische Vorgänge, für die ein Ausgleich in sofortiger Erhöhung aller Löhne und Gehälter geschaffen werden muß. Die Versammlung fordert daher, sofortiges Eingreifen der Regierung zur Sicherstellung der notwendigen Lebensmittels- und Verbrauchsgegenstände zu erschweringlichen Preisen. Die Versammlung schließt sich vollständig den Forderungen der Gewerkschaften an und fordert von den Fraktionen der beiden sozialistischen Parteien und den Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Lebensmittelnote zu lindern und die Ernährung für die nächsten Monate, insbesondere für den kommenden Winter sicherzustellen. Die Regierung wird aufgefordert, mit den Verbrauchersorganisationen und den landwirtschaftlichen Verbänden Vereinbarungen über Lieferungen von Nahrungsmitteln usw. zu treffen. Soweit zur Sicherung der Ernährung öffentliche Wirtschaftstätigkeit erforderlich ist, ist diese ohne Verzögerung durchzuführen. Es kann nicht angehen, daß bei der gegenwärtigen Not einzelne Schichten der Bevölkerung sich auf Kosten der Allgemeinheit in ungerechtfertigter und schamloser Weise bereichern. Die Versammlung anerkennt, daß die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften und der Parteien ernstliche Beachtung geschenkt und einige dieser Forderungen übernommen hat. Darüber hinaus muß aber gefordert und erwartet werden, daß — falls das Schicksal vom Volke abgewendet werden — unverzüglich alle Maßnahmen getroffen und durchgeführt werden, die die jetzt un-

erträgliche Lebensmittelnot beseitigen. Die Versammlung lehnt eine Beteiligung an dem wilden Reichsbetriebsrätekongreß ab. Die Ablehnung und der Verlauf der Versammlung zeigte, daß die Kommunisten trotz aller Anstrengungen in Lübeck nichts erreichen. Mögen sie die gewerkschaftliche Tätigkeit noch so sehr herabsetzen und die Heilslehre Moskaus predigen, die praktischen Erfolge der Gewerkschaften sprechen lauter als alle kommunistischen Phrasen.

Wer kann einen Hausstand gründen?

Die Frage ist kurz beantwortet: Wer sehr viel Geld in Händen hat! Der breiten Masse des Volkes ist die Einrichtung eines Hausstandes nach Umfang und Qualität der Vorkriegszeit überhaupt nicht mehr möglich.

Die amtlichen Berechnungen ergeben eine enorme Verteuerung des Hausstands. Im Januar kosteten nach den amtlichen Messungen die Wohnungseinrichtungsgegenstände im Durchschnitt das 30fache, im März-April das 43fache, im Mai-Juni das 60fache, und im Juli-August gar das 107fache der Vorkriegszeit. Inzwischen ist die Teuerung so rapid vorgeschritten, daß man heute für diese Gegenstände im Durchschnitt mindestens das 140fache annehmen muß.

Für die Neuanschaffung einer Wohnungseinrichtung (einschließlich Kleider- und Wäscheausstattung für ein Ehepaar mit zwei Kindern) mußten gezahlt werden:

	1. Juli 1914	Anfang August 1922
für die 1-Zimmer-Wohnung	1400 Mk.	144 000 Mk.
für die 2-Zimmer-Wohnung	2800 Mk.	288 000 Mk.
für die 3-Zimmer-Wohnung	5500 Mk.	566 000 Mk.

Die Neugründung eines ordentlichen Hausstandes ist für die Millionen Arbeiter und Angestellten so lange nicht wieder möglich, als wir zumunnen sind, aus der verarmten deutschen Wirtschaft alljährlich Werte in Milliarden Goldmark für fremde Länder wegzugehen, und die deutschen Unternehmer glauben, daß allein aus niedrigen Löhnen diese Summen aufgebracht werden müssen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf den Unfortschritt hingewiesen, den bürgerliche Rettungen des Generalanleiherentyps mit dem sogenannten „Soziallohn“ treiben. Damit ist gemeint, daß ledige Arbeiter noch billiger arbeiten sollen als verheiratete Männer. Es genügt, einen Blick auf die obigen Zahlen zu werfen, um zu begreifen, daß der ledige Arbeiter mit seinem „hohen“ Lohn in die traurigste Lage kommt, wenn er ans Heiraten denkt.

Sperre wegen Lohnunterschieden. Ausgebrochener Differenzen halber ist über die Kohlenfirma Wulbrandt & Co. die Sperre verhängt worden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck.

Der Bürgerausschuß nahm in seiner letzten Sitzung zunächst die Wahl von sieben Beisitzern des Ausschusses zur Wahl der Geschworenen und Aufstellung der Geschworenenlisten vor. Es wurden wiedergewählt: Ulbers, Löwint, Dreyer, F. Schmidt, H. Worfkamp, R. Falkenthal, R. Kollmann. Angenommen wurden folgende Anträge des Senates: Nachbewilligung für die Arbeitslosenkommission; Erhöhung des Lohnes für die Wartefrauen der Bedürfnisanstalten; Nachbewilligung auf die für die Auslieferung für Siedlung, Sozialfürsorge usw. in Magdeburg bewilligten Mittel; Derrichtung von Feuerlöschbeden in Schönböden; Landauskauf im Stadtteil Schlutup mit dem Fischräuchererbetrieb Westphal; Herstellung eines Tiefbrunnens auf dem Stadtgut Roggenhorst unter der Bedingung, daß die 2730 Mk. vom Mäcker mit 5% Proz. zu verzinsen und mit 2 Proz. zu tilgen sind; Mittel für den Kindergarten am Brink; Neuanschaffung der Rolle und Wandtafel in der Gemeinderede; Beihilfe für die Volkshochschule in Travemünde. Einem Ausschuß übermiesen wurden: Ausbesserung der Brücke über die Oriana; Ablösung des Niderertrichs im Heideteich zu Krummeise; Verkauf einer Landfläche an den Tischlermeister Steffens. Abgelehnt wurde der Antrag auf Herstellung einer neuen Bumppe auf dem Stadtgut Roggenhorst.

Höhere Mieten fordern die Hausbesitzer. Der alte Haus- und Grundbesitzer-Verein und der Neue Grundbesitzer-Verein haben sich mit einer Eingabe an den Senat gewandt und beantragt, daß die Zuschläge für Grundstücksverwaltung für laufende und große Instandsetzungsarbeiten um das 12-fache erhöht werden. Sie begründen diese Forderung mit den gestiegenen Materialpreisen und mit den erhöhten Löhnen. Mit diesen Dingen beschäftigte sich u. a. am Mittwoch in den Zentralhallen eine Versammlung des Neuen Haus- und Grundbesitzer-Vereins. Es wurde bedauert, daß auf die vor mehreren Wochen eingereichte Eingabe noch keine Antwort erfolgt sei. Die Versammlung endete mit der Annahme folgender Entschließung: „Die am 20. September in den Zentralhallen versammelten etwa 2000 Mitglieder des Neuen Grundbesitzer-Vereins erwarten von dem Senat als der obersten Landesbehörde in Anbetracht der geradezu katastrophalen Verteuerung der Reparaturarbeiten in den letzten Wochen eine sofortige Verringerung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsinterzessionsgesetz mit der Maßgabe, daß die Mietpreise vierteljährlich den jeweils veränderten Verhältnissen entsprechend festgesetzt werden.“ Auch der Mieter-Verein wird am heutigen Abend in seiner Versammlung in den Zentralhallen zu dieser enormen Forderung Stellung nehmen. Die Mieter-Verein muß geschlossen diesem Verlangen entgegenreten.

Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen. Die wichtigen Schutzbestimmungen für die Arbeiter und Angestellten, wie z. B. der Waghilfsdienst, sind heute auf Grund von Demobilisierungsverordnungen geregelt. Diese Verordnungen laufen mit dem 31. Oktober 1922 ab und können eventuell durch die Regierung noch um einen Monat verlängert werden. Es ist ausgeschlossen, daß bis zu diesem Termin eine gesetzliche Regelung der in diesen Verordnungen enthaltenen Schutzbestimmungen möglich ist. Aus diesem Grunde haben der Zentralverband der Angestellten sowie die übrigen AfA-Verbände die Verlängerung dieser Verordnungen bis zum 31. März 1923 beantragt.

Gewährung eines weiteren Darlehens an die Gemeinnützige Siedlungsbau-Gesellschaft. Die gemeinnützige Siedlungsbau-Gesellschaft e. G. m. b. H. in Lübeck hat beantragt, die ihr durch Rat und Bürgerhilfe gewährten Darlehen von zusammen 4 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Sie begründet ihren Antrag damit, daß die in letzter Zeit mit unerwarteter Schnelligkeit eingetretene Geldentwertung es unmöglich mache, die Bauvorhaben mit den bewilligten Mitteln auszuführen. Die Bauten müssen demnach mit einem höheren Betrage finanziert werden, wozu der erbetene Zinszuschuß dienen sollte. Dieser sollte jedoch nur für Bauten, die sich zurzeit in der Ausführung befinden, verwendet werden. Die Finanzbehörde hat die Vereinfachung eines weiteren Darlehens bis zu 6 Millionen Mark empfohlen. Der Senat ist mit der Gewährung des Darlehens einverstanden und stellt einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürger-Vereinigung.

Weitere Erhöhung der Kostgebühren der Heilanstalten. Die Behörde für die Heilanstalten hat beantragt, die zuletzt am 19. Juni 1922 neu festgesetzten Kostgebühren der Heilanstalten mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab um 66% Prozent zu er-

höhen. Sie hat ferner beantragt, die Einkommensgrenze, bis zu der eine Ermäßigung des Kostgebühres für die dritte Verpflegungskategorie eintreten kann, beim Allgemeinen Krankenhaus von 18 000 Mk. auf 20 000 Mk. und bei der Heilanstalt Strednik von 24 000 Mk. auf 40 000 Mk. heraufzusetzen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen und stellt ihn zur Mitgenehmigung der Bürger-Vereinigung. Nach den vorgeschlagenen Sätzen betragen die Krankenhauskosten täglich für Erwachsene in Klasse 3 150 Mk.; in Klasse 2a 165 Mk.; in Klasse 2 225 Mk.; in Klasse 1 375 Mk. Für Auswärtige erhöhen sich die Preise um 25 bis 75 Mk. pro Tag. In der Heilanstalt Strednik belaufen sich die täglichen Kosten in der 3. Klasse auf 75 Mk., in der 2. Klasse auf 100 Mk., in der 1. Klasse auf 125 Mk. Auswärtige müssen auch hier etwas höhere Sätze zahlen.

Dampfer Thor, der, wie gemeldet, in der Einfahrt zur Natkooförde strandete, ist unbeschädigt freigekommen und wird heute nachmittag in Lübeck eintreffen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Distriktsführer und Betriebsobleute! Die Distriktsführer und Betriebsobleute werden ersucht, die Pressefondsmarken im Parteisekretariat in Empfang zu nehmen. Das Sekretariat der sozialdemokratischen Partei.

Ein Bezirkskonzert, veranstaltet vom Bezirk Kiel des Deutschen Konzertvereins und Bandion-Bundes, findet am Sonnabend, dem 23. September, im Gewerkschaftshaus statt. Es werden außerdem Lübecker Konzertvereine, Vereine aus Kiel und Neumünster aufzutreten. Ein Besuch dieses Volkskonzertes ist zu empfehlen.

Stadt-Theater. Für die Volksbühne wird am Sonnabend das plattdeutsche Lustspiel: „Uenspiegel“ gegeben. Sonntag nachmittags 1. Fremden-Vorstellung: „Die Jüdin“, abends auf vielfachen Wunsch: „Der Zigeunerbaron“. Im Volksstämmlichen Konzert am Montag wird u. a. die 2. Sinfonie von Beethoven, Ouvertüre zu Brestois, von G. W. v. Weber usw. gespielt.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Sturm in der Nordsee und Ostsee. Im Nordsee- und Ostseegebiet herrschte in den letzten Tagen ein schwerer Nordweststurm. Infolge der Sturmflut ist die Elbe in Hamburg über die Ufer getreten. Die anliegenden Straßen und Plätze waren überschwemmt, darunter auch der Altonaer Fischmarkt. Auch die tiefer liegenden Keller und Kellermöhlungen der Hafengegend standen unter Wasser. Der auf See angerichtete Schaden ist noch nicht zu übersehen. Auf der Elbe bei der Dite lief ein englischer Kreuzer auf Grund.

Hamburg. Zwei Pelze im Werte von achtzehnhundert Millionen Mark gestohlen. Einer Deutschamerikanerin, die in einem Hotel der inneren Stadt wohnt, sind zwei Pelzstücke im Werte von 8 1/2 Millionen Mark entwendet worden. Es handelt sich um einen Sealpelz mit Mardertragen und um ein Zobelcape, beide mit golddurchwirkter Seide gefüttert.

Hamburg. Die Schule und die neue Zeit. Vom Präses der Oberschulbehörde, Senator Krause, wird ein Aufruf an die Hamburger Lehrerschaft gerichtet in dem es u. a. heißt: „Wer immer sich jetzt für die Wiederherstellung der Monarchie einsetzt, gefährdet und stört nur die stetige Wiederaufbauarbeit. Darum hat auch die Schule die unabweisliche Pflicht, sich endgültig von der Pflege monarchistischer Ideen abzuwenden und sich als lebendiges Glied der Republik zu betätigen. Sie muß das Verständnis und das Herz der Jugend für die hohen sittlichen Werte gewinnen, die in der Idee des Volksstaates und in der republikanischen Staatsform enthalten sind. So wird sie die Jugend zu rechten und bewußten Bürgern des neuen Staates erziehen, zu Männern und Frauen, die sich für ihn mit verantwortungsvoll fühlen. Solche Gesinnung zu fördern, ist die Schule vor allem berufen, indem sie bedacht ist, die ihr anvertrauten jungen Menschen im Geiste wahrhaftigen deutschen Volkstums, der Volkserziehung und der Völkerverständigung zu erziehen.“ Ein ähnlicher Aufruf wäre auch in Lübeck notwendig.

Theater und Musik.

3. vollständiges Konzert im Gewerkschaftshaus.

Das dritte vollständige Konzert des Lübecker Sinfonie- und Stadttheater-Orchesters, das der Bezirksbildungsausschuß der SPD. gestern abend veranstaltete, trug den einheitlichen Charakter eines Richard-Wagner-Abends. Der große Saal des Gewerkschaftshauses saß wieder einmal faum die Tausende der Zuhörer — ein Beweis dafür, daß auch ein bis zum Schluß höchwertiges musikalisches Programm, das keinerlei Konzessionen an den leichtesten Geschmack macht, gewaltige Scharen von musikliebenden Hörern anzieht. Ein Beweis andererseits auch dafür, wie falsch jene abfälligen Urteile über die Kunstliebe der breiten Massen waren, die seinerzeit anfänglich der Kampfe um Theater und Orchester leichtfertig wurden. Der schöne Erfolg dieses geschlossenen Programms dürfte dazu ermutigen, demnächst etwa einen Schubert-Abend zu veranstalten. Am Dirigentenpult waltete Hans Wilkes mit Umsicht und Eingabe seines Amtes. Als Solisten waren Herr Hartmann und Herr Alfred Katen, der herrliche Bass unseres Theaters, der in letzter Stunde für das erkrankte Frä. Döhle eingespungen war, gewonnen. Beide durften einen reichen Beifall für ihre Gaben ernten; die leichte, klangvolle Höhe Alfred Katens kam in der eingeleiteten „Ansprache des Landgrafen“ aus Tannhäuser wirkungsvoll zur Geltung. Dem, der nahe den Türen stehen mußte — viele Plätze waren schonlangweilig vor Beginn belegt — mußte doppelt unangenehm eine Anstöße auffallen, die für die Zukunft unbedingt vermieden werden muß: das Türenknarren durch Zufußkommende; schmiert die Türen und noch besser: klopft sie!

Aus aller Welt.

Die Brachobadbrücke wieder eingestürzt. Aus Bukarest wird gemeldet: Zum zweiten Male ist die Brücke über die Brachova in der Nähe von Sinai eingestürzt. Der Einsturz geschah wieder in dem Augenblick, als der Wiener Expreszug über die Brücke fuhr. Die Lokomotive und ein Wagen stürzten in den Fluß. Wie noch einmal sein dürfte, hat sich erst vor zwei Monaten an derselben Stelle das gleiche Unglück ereignet. Während damals zahlreiche Reisende bei dem Einsturz den Tod fanden, soll das Unglück diesmal wenige Tote und Verletzte geordert haben.

Die ersten Nachfröste. In den letzten Nächten sind, wie verchiedene Telegramme melden, in ganz Württemberg die ersten Nachfröste niedergegangen, die auf den Feldern zum Teil sehr großen Schaden angerichtet haben.

Schweres Eisenbahnunglück in Mexiko. Aus Paris wird gemeldet, daß sich in der Nähe von Queretaro, auf der Linie Mexiko-Cerebo, ein Eisenbahnunglück ereignete, bei dem 50 Personen getötet und 17 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Man glaube an ein Verbrechen.

Bekleidung

Törber & Goßmann
Feine Maßschneiderei.
Fernruf 2119.
Mühlenstraße 32.

J. H. Pein Markt 10/12.
Breite Straße 64/68.
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,
Bettfedern, Herren- und Knaben-Garderobe,
Arbeits- und Berufskleidung.

Arbeiter! Arbeitshosen, Kafen, Herren-
u. Jünger-Anzüge kauft man
am besten bei **O. Peter**, Glockengießerstr. 31.

F. A. Müller Leinen — Wäsche
Betten
Baut- und Kinder-Ausstattungen.

Heinrich Waller Breite
Straße 60
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,
Hüte.

Ernst Wehde Herrenartikel.
Beckergrube 33.

Hut-Richter Breite Straße 20
Huxstraße 44.
Fernruf 8438. Größte Auswahl. Billigste Preise.



Lübeck
Mühlenstraße 34.

Reserviert für
Franzen & Co. Holstenstr. 21.
Herrenartikel.

J. H. Evers Tuchhandlung.
Beste Bezugsquelle
für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.
Lieferung auch durch sämtliche Schneider-
meister.

Berta Döhrmann Nchf.
Holstenstraße 18/15.
Spezialhaus für Putz und Modewaren

Emma Rösch Johannstraße 1, l.
Sämtl. Neuheiten
in Hüten, auch Dävetine und Leder sind einge-
troffen. Solide Preise.

D. Wagner Damen- u. Kinderputz
Holstenstraße 8.

Carl Ritter gegründet 1801.
Spezialhaus f. Besatz-
artikel. Fernruf 5573. Breite Straße 26.

Handarbeiten modern, geschmackvoll
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft
Ritz. Fernruf 3853. Obere Wahnstraße 1.

Richard Haase Breite
Straße 37.
Fernruf 2594. Pelzwaren.

Gebr. Hirschfeld Breite Str. 39/41
Telephon 106.
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

struve & Baumeister
Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufaktur-
waren. Breite Straße 58.

August Haerder & Co.
Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.
Seiden- und Kleiderstoffe. Baumwollwaren.

Joh. Holst inh. **A. Lüders**
Huxstraße 50. Manufaktur- und Kurzwaren.

Karl Zegelin Johannstraße 11.
Unterzeuge u. Strumpf-
waren. Krabanzüge usw.

Friedrich Renner, Huxstraße 49. Fernr. 2922.
Feine Herren-Maß-Schneiderei. Lager in- und
ausländischer Stoffe.

W. Ramm Johannstraße 15.
Korsets jeder Art.

Favorit, inh. **A. Klaus**
am Rindbrook 7. Schnei-
derei, Reinig., Färberei,
Stoßpreis, angem. Preis.
Annahme v. Anträgen. Jo-
hannstr. 7, i. Milchlad.

C. G. Yorkahl
Fünfhausen 12. Wäsche-
aussteuer. Her.-Artikel.

Karl Frosch, Aegi-
dienstr. 33. An- u. Ver-
kauf Kleidungsst., Fußz.,
Wäsche und Bettzeug.

Travemünde

J. U. Kröger Gegr. 1732.
Fernruf 1.
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-
materialien.

J. Rickman, Travemünde
Fernruf 17. Kurgartenstraße 69/71.
Kolonialwaren, Brennmaterialien.

B **Geschäftliche Rundschau**
und **Zeitung-Dauer-Fahrplan**

Bruno Sellmann Große
Fleischhauerstr. 31. Kon-
ditorei u. Kuchenbäckerei.

Ernst Voß Große
Burgstraße 59. Kolonial-
waren. Spirituosen.

**Möbel und
Dekoration**

Tapeten

Boldts Möbellager
Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-
einrichtungen. Fischergrube 23/27.

Gebrüder Heick
Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 351. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Johann Pamperin
Inh. Hermann Bützow. Moderne Inneneinrich-
tungen. Lübeck, Fernspr. 8693, Mühlenstr. 47.

Rehm, Beckergrube
18.
Fernsprecher 8601.

**Lübecker Stahlfeder-
Matratzen-Fabrik** Inh.
Carl Mühlke jr.
Fernruf 3282. Hundestraße 54.

Friedr. Matz Inhaber **Paul
Engelbrecht**.
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.
Gegründet 1808.

Carl Folkers Wohnungs-
Ausstattungs-geschäft.
Marlesgrube 23/25 und 28/32. Fernruf 2784.

Eugen Zangerl Tapetenlager
Breite Straße 38, l.

Karl A. F. Westphal
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-
stoffe usw. Untertrave 114/15, l., Ecke Holstenstr.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-
Gesellschaft**

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg			Büchen			Eutin			Travemünde		
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Büchen	Lübeck	Lübeck	Eutin	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Niendorf
ab 5:55	7:25	5:30	7:05	8:00	9:12	6:34	7:45	7:15	8:12	6:15	7:22
7:40W	8:55	7:00	8:44	1:30	2:47	11:45	1:00	9:47*	10:45	8:25	9:15
7:47	9:21	8:30	9:21	4:15*	5:30	6:52	3:27	12:13	1:08	12:24*	1:21
9:25D	10:35	8:40	9:27	5:30	6:52	3:27	4:42	1:42	D 2:25	3:35	D 4:12
11:03	12:25	9:40	10:27	9:25	10:35	7:22	8:40	2:30	2:55	7:11	S 8:54
1:35	2:55	10:17	11:54	* D Fernfu- Geld und zurück.				7:53	8:27	8:55	9:15
3:44	5:02	12:22	1:35								
4:17	5:39	3:10	4:17								
7:16D	8:30	3:38	5:38								
7:22	8:40	3:38	5:38								
8:20D	9:15	5:15	6:14								
9:35	10:47	6:55D	7:52								
9:55	11:17	7:25	8:25								
		9:02	10:35								
		9:52	10:55								
		11:20	1:05								

(Omnibus-Gewähr)

Wullbrandt & Co., G. m. b. H.

Rosengarten 10. Kanalstraße 3 5. Fernruf 3437. **Kohlen, Koks, Briketts.**

Erich Schauer, Königs-
str. 45. Emaille-, Alum.-,
Haus- u. Küchengeräte.

Fritz Derlien
Huxstraße 107.
Samen- u. Futtermittel.

Stempel-Weicherl
Burgwitz Nachf., Becker-
grube 15.

Adolf Hübner
Fünfhausen 13. Uhren-
handlung. Reparatur-
werkstatt.

Haare und Felle
kauft Hartengrube 5
R. Lissauer

Ernst Haukohl Mühlenstraße 49.
Glas, Porzellan, Hausstandssachen. Braune irdene
Waren.

Hans Köster Ingenieur.
Techn. Bureau.
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen. Beleuchtungskörper.

Deecke & Boldemann
Wahnstraße 18. Versicherungen aller Art.

Zeichen-Artikel für Schule und
Technik.
Seyler u. Liebig, Beckergrube 3.

Ludwig Malzahn Haus-
und Hypothekmakler.

Neumann & Erdmann, Spezialhaus
für Schreib- u. sonstige Büromaschinen.
Fernruf 1570. Breite Straße 33, l.

Lübecker Badeanstalt
Fernruf 1243. Huxstraße 130. Elektr. u. sämtl.
medizinische Bäder. Römische von 3 bis 6 Uhr.
Dienstag und Freitag für Damen.

H. Mecklenburg & Co.
Fernruf 99 und 194. Mangstraße 32.
Pack- und Pergamentpapier.

Heinrich Bade Vertreter von Diamant-,
Presto- u. Mars-Fahrrädern. Reparaturen. Fahr-
rad- u. Nähmaschinenhandlung. Mühlenbrücke 2a.

Joh. Möller Orthopädisches Maß-
geschäft.
Fernruf 1352. St. Arnenstraße 19.

B. Glogner & Co. Kanal-
str. 32/34.
Eisen, Stahl, Schrot, Metalle.

Dr. med. H. Wolkemann & Co.
Bruchbänder, Leibbinden, sämtliche Artikel zur
Kränkpflege. Fernruf 5225. Beckergrube 2.

Selig L. Cohn Fernruf 2153.
Wahnstr. 62.
Rohprodukte, Eisen, Metalle.

Heinr. Pagels Breite Str. 91/93,
Huxstr. 6/16.
Für Siedler große Auswahl: in Oefen,
Herden, Waschkesseln, Toiletten, Badewannen,
Wand- und Fußbodenplatten, Fabrikat Villeroy &
Boch.

F. Erdmann Glockengießerstr. 61. F. 2751.
Ankauf von Rohprodukten, Eisen, Metallen, Akten,
Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

J. F. B. Grube Am Markt u.
Kohlmarkt 5.
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

Hermann Richelsen
Lübeck, Sandstraße 16. Aussteuer-Magazin für
Haus und Küche, Glas, Porzellan, Luxuswaren.

Ernst Boie, Kanalstraße 24.
Versicherungen aller Art.

Friedrich Michael Samenhandlung
Breite Straße 32.

Otto Longuet Übernahme v.
Fabrizierungen
jeder Art. Fernruf 5926. Dankwartgrube 18/19.

Grabmäler billigst. **Ludwig Bruhn**,
Granit- und Marmorwerk.

Banken u. Industrie

Banhaus Fritz Kiemstedt
Kommandit-Gesellschaft, Lübeck, Holstenstraße 5.
Fernsprecher 8173, 983. Telegr.-Adr.: Nordbank.
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Ham-
burg 82658. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte.

**Louis Wolff, Komm.-Ges.
Bank.**

**Alfons Frank & Co.
Bank.**

**Vorschuß- und Spar-Vereins-
Bank in Lübeck** Fleischhauerstr. 17-19,
Reichsbank Giro-Konto.
Postscheck-Konto Hamburg 915.
Fernsprecher 332, 8651, 8652.

Reserviert für
Lubeca-Werke

Vereinsbrauerei Walkmühle
H. Lück. Fernruf 284. Lagerbier, Pilsner, Porter.

B. Löt., Bohr., Leim. usw.
verw. m. d. Blechp., „Hansa“

**Zigarren und
Tabak**

Lübecker Kautabak
von **Chr. Floto**. Zu haben in allen ein-
schlagigen Geschäften.

Wieghorst & Jasper
Inh. C. A. Jasper, Geibelplatz 4, Fernsprecher 518.
Fabriklager d. Tabakfabr. Arnold Böninger, Duis-
burg. Verk. z. Fabrikpr. nur an Wiederverkäufer.

Hermann Wieghorst Am Markt,
Ecke Weiter
Krambuden. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

Karl Jenßen Zigarren-Spezialhaus.
An der Mauer 34,
Ecke Huxstraße. Mittlere Preise, gute Ware.

Heinrich Kähler Dornestraße 5
Tabak, Zigarren und Kolonialwaren.

Installationen mit Werkstätten
Zentralheizungen
Brennstoffbereitungen
Lüftungsanlagen
Lübeck, Mühlenstr. 63/65
Dilmann & Bräuninger

Ernst Püstow Elektrische Anlagen.
F. 8589. Mühlenstr. 71.

Carl Jenss Elektromechanische Werk-
statt. Huxstr., Ecke Königs-
straße. Musikwaren. Eigene Zahnradfräselei.

Neu versilb. w. alte Metallgegenst. bei Gegenzahlg.
v. altem Silber. **Joach. Fokuhi**, Mühlenstr. 77.

Franz Heltzer Klempnerei, Installation, Fackeln.
Allee 48. Beleuchtungsk., Hausstandss. F. 2303.

Geertz Hotel am Riesebusch.
Jed. Sonntag Konzert.

Uhren, Goldwaren große
preiswerte Auswahl. Trauringe. Eigene Reparatur-
werkstatt. **Brüggmann**, Schwartau, Markt 18.

Ernst Blöcker am Markt. Kolonial-
u. Eisenwaren, Haus-
standsartikel und Porzellan.

Fahrzeuge u. Nähmaschinen
G. m. b. H. Eutiner Straße 1.

Meierei Eitel Meiereiprodukte.
F. 2144. Schulstr. 1.

Bäckerei u. Konditorei
Heinrich Rau, Kücknitz.

Gasthof „Stadt Lübeck“
Inh.: **Ernst Faase**, Kücknitz.

Kaufhaus Max Kankel
Schlutup.

Willi Richter, Schlutup, Lübecker Str. 19.
Uhren. Reparaturwerkstätte.

Bäckerei und Konditorei Herm. Haase
Schlutup, Lübecker Straße 46.

Otto Liebenow Schlutup. Uhr. u. Goldw.
Heinrich Thielbahr, Schlutup. Drogen,
Zigar., Zigaret., Tabak. Farben, Kolonialwaren.